

**Neunte Solidaritätsreise nach Griechenland: Oktober 2021
»Gegen Spardiktate und Nationalismus«**



Infoabend in Athen über den Ausgang der Bundestagswahlen, die Sreiks der Beschäftigten in Kliniken und bei ›Gorilla‹ und die erfolgreiche Volksabstimmung ›Deutsche Wohnen &Co enteignen!‹

Gegen Spardiktate und Nationalismus

Seit 2012 fahren wir, Kolleginnen und Kollegen aus verschiedenen Gewerkschaften und unterschiedlichen politischen Zusammenhängen, jährlich nach Griechenland und organisieren hierzulande Gegenbesuche und Veranstaltungen. Wir besuchen in Griechenland Betriebe, soziale Einrichtungen, Selbsthilfegruppen und Gewerkschaften, Gedenkstätten wie in Distomo und Lyngiades, verneigen uns vor den Opfern, denen die Mahnmale gewidmet sind, gemeinsam mit ihren Nachkommen, mit denen uns der Widerstand gegen Faschismus, Rassismus, Nationalismus und jegliche Art von Diskriminierung von Minderheiten innerhalb unserer Gesellschaften verbindet. Wechselseitiger Austausch als kleines Zeichen internationaler Solidarität. Zeichen der Verbundenheit im Widerstand von unten gegen die zunehmenden Angriffe von oben, die zur Ausplünderung und Verelendung ganzer Völker führen. Zeichen im Bemühen um ein politisch vereinigtes, friedliches und soziales Europa seiner arbeitenden und arbeitslosen Bevölkerungen statt eines Europas unter dem Diktat des Kapitals.

«**Ενάντια στη λιτότητα και τον εθνικισμό**» – η ομάδα μας, αποτελούμενη από συναδέλφισσες και συναδέλφους από διάφορες συνδικαλιστικές οργανώσεις και ετερόκλητες πολιτικές αφετηρίες, επισκεπτόμαστε κάθε χρόνο την Ελλάδα, αλλά διοργανώνουμε και εδώ στη χώρα μας εκδηλώσεις, στις οποίες προσκαλούμε Ελληνίδες/ες συναγωνίστριες/ές. Στη διάρκεια των ταξιδιών μας στην Ελλάδα επισκεπτόμαστε παραγωγικές μονάδες, οργανισμούς κοινωνικού χαρακτήρα, αλληλέγγυα εγχειρήματα, συνδικαλιστικές οργανώσεις, μνημεία όπως εκείνα του Διστόμου και των Λυγγιάδων, όπου υποκλινόμαστε ενώπιον των θυμάτων στα οποία είναι αφιερωμένα τα μνημεία, από κοινού με τους απογόνους τους, με τους οποίους μας συνδέει η αντίσταση κατά του φασισμού, του ρατσισμού, του εθνικισμού και κάθε μορφής διάκριση σε βάρος μειονοτήτων εντός των κοινωνιών μας. Αμοιβαία ανταλλαγή ως μικρή ένδειξη διεθνούς αλληλεγγύης. Ως ένδειξη της κοινής μας προσήλωσης στην αντίσταση από τα κάτω ενάντια στις αυξανόμενες επιθέσεις από τους πάνω, οι οποίες οδηγούν στην καταλήστευση και στην εξαθλίωση ολόκληρων λαών. Ως ένδειξη της προσπάθειάς μας για μια πολιτικά ενωμένη, ειρηνική και κοινωνική Ευρώπη των εργαζομένων και των ανέργων αντί μιας Ευρώπης υπό τις επιταγές του Κεφαλαίου.

Impressum

Gegen Spardiktate und Nationalismus

9. Solidaritätsreise nach Griechenland

Spendenkonto „Griechenland-Soli“

Manfred Klingele-Pape · IBAN DE81 2005 0550 1211 4789 10 · BIC HASPDEHHXXX

V.i.S.d.P.: Hans Koebrich

Kontakt: griechenlandsoli@riseup.net

Aktuelle Informationen über Griechenland sowie Veranstaltungshinweise

findet ihr unter: <https://griechenlandsoli.com/>

Die Reisen werden gefördert von:



Inhalt

Vorwort	4
Treffen und Referat: Apostolis Kapsalis, wissenschaftlicher Mitarbeiter bei GSEE	9
Kundgebung der streikenden DEI-Beschäftigten	12
Treffen mit Panagiota Stathas	13
Treffen im Universitätsgeneralkrankenhaus Attikon	16
Besuch bei EYNAP, Gewerkschaft der Ärzt*innen im öffentlichen Sektor für Athen und Piräus	18
Treffen im Arbeiterzentrum von Athen mit Gewerkschafter*innen aus dem privaten Gesundheitssektor	21
Treffen mit Vasilis und Anna	23
Eindrücke eines Kollegen aus dem Gorillas Workers Collective	24
Besuch bei der Basisgewerkschaft der Auslieferungsfahrer*innen	26
Treffen mit Anastasia (Hafengewerkschaft) in Piräus	28
Treffen mit der Grundschullehrerin Vassia: „Thatcher lässt grüßen“	30
„Breiter Widerstand ist heute notwendiger denn je!“	32
Treffen mit Vertretern der angeklagten Demonstrant*innen für den hungerstreikenden Gefangenen Koufountinas	35
Flüchtlinge, Pushbacks und die Kriminalisierung von Geflüchteten und Unterstützer*innen	37
Die Waldbrände um Athen und auf der Insel Euböa	39
Der Kampf der griechischen Umweltbewegung gegen die Regierungspläne	41
Widerstand gegen giftige Müllverbrennung	43
Am Grab von Manolis Glezos	45

Repression und Polizeiterror – geknebelter Widerstand und frostige Perspektiven

Nach fast zwei Jahren pandemiebedingter Pause haben wir im Oktober 2021 die direkten Kontakte zu unseren griechischen Freund*innen, Kolleg*innen und Genoss*innen wieder aufgenommen. Unsere Solidaritätsreise Ende Oktober führte uns schwerpunktmäßig nach Athen, aber Einzelne reisten auch nach Volos und Thessaloniki weiter und trafen dort Menschen aus der Umwelt- und der Gesundheitsbewegung. Über die Ergebnisse von Treffen und Diskussionen sowie über die Teilnahme an Kundgebungen und Demonstrationen informieren wir mit Kurzberichten und -protokollen in dieser Broschüre.

Veranstaltungen, Infogespräche und Diskussionen vermittelten uns einen Einblick in die innenpolitischen Verhältnisse Griechenlands, in die abnehmende Kraft der Gewerkschaften, in die Schwierigkeiten von sozialen und politischen Initiativen des Widerstandes, in die Ratlosigkeit auf Seiten der gesamten „Linken“, die an Mobilisierungsfähigkeit verloren hat, auch wenn es immer wieder erstaunliche Ausnahmen gibt, die diesem Abwärtstrend entgegenstehen. Auch darüber können wir berichten und über die Hoffnungen und Erwartungen, die damit verbunden sind.

Das Bild über die gesellschaftliche Stimmung in diesem gebeutelten Land bliebe unvollständig, wenn wir nicht auch über die persönlichen Gespräche mit unseren Freund*innen berichten würden – über ihre Lebensumstände, ihre Sorgen, Befürchtungen und Erwartungen. Dazu gehören auch die Ereignisse und Erlebnisse am Rande unseres Solidaritätsbesuches in Athen.

Schon zu Anfang unseres Aufenthaltes – wir wohnten in Exarchia – fiel uns die gesteigerte Polizeipräsenz im Verhältnis zu den Besuchen vergangener Jahre auf. Ständig patrouillierten die berüchtigten und gefürchteten Dias-Einheiten der Polizei in diesem als widerständig geltenden Bezirk. Vier oder fünf Motorräder, mit jeweils zwei Polizisten besetzt, überwachen Plätze, Straßen und Gassen von Exarchia und versuchen ein Klima der Einschüchterung zu schaffen, stets bereit, gegen Straftaten, Ordnungswidrigkeiten und Unmutsbekundungen einzuschreiten. Viele in diesen Polizeieinheiten haben eine überwiegend rechtsextrem-rassistische Einstellung. Sie fungieren eher als Schlägertruppe denn als „Ordnungshüter“.



Krankenhauseschäftigte demonstrieren, die Polizei hält eine Fahrbahn frei.

„Freie Fahrt für freie Bürger“ – wie das Demonstrationsrecht unter die Räder gerät

Die weitere Erfahrung mit der Polizei sammelten wir auf einer Demonstration streikender Krankenhausbeschäftigter. Nach einer kurzen Rangelei mit den Ordnungshütern gelang es den Einsatzkräften, einen Fahrstreifen auf der Demoroute freizuhalten. So wurden die Demonstrierenden auf der rechten Straßenseite zusammengedrängt, während der motorisierte Verkehr, polizeilich geschützt, an der Demo vorbei brausen konnte – „freie Fahrt für freie Bürger“. Ein solches polizeiliches Vorgehen kannten wir aus den vergangenen Jahren nicht. Bis in das Jahr 2020 gab es solche Beschränkungen nicht; das Demonstrationsrecht war in der Verfassung verankert und nicht näher gesetzlich

geregelt. Vor einem Jahr wurde ein Demonstrationsgesetz (4703/2020) nach deutschem Vorbild verabschiedet. Dazu schrieb uns ein Freund aus Athen:

„Da steht im § 8 tatsächlich was von 'unverhältnismäßiger Störung des sozialökonomischen Lebens in der Gegend (in der demonstriert wird), insbesondere wegen der Verkehrsverhältnisse'.

Zuständig für die Beschränkungen ist die Polizei nach Rücksprache mit dem Bürgermeister oder dem Staatsanwalt, in Eilfällen kann sie aber ohne weiteres selber einschreiten. Das Einschreiten ist anzukündigen. So ist das hier ja auch gelaufen. Nur fand die Ankündigung nicht per Lautsprecherdurchsage statt, sondern per Gummiknüppel und Tränengas. [gemeint ist die Demonstration vom 25.10, siehe unten] Ist halt die griechische Methode. Ich persönlich fand's ja auch immer lustig, daß wir mit ner Demo von 200 Leuten die gesamte Panepistimiou und dann die Stadiou und den Syntagma-Platz blockieren konnten. So war's immer. Aber ich dachte mir schon länger, daß ne rechte Regierung das eigentlich nicht dulden könnte, und so ist damit nun wohl irgendwann mal Schluss. Ich fürchte auch, daß sie immer weiter nachsetzen und das Gesetz umzusetzen versuchen. Bislang wird ja noch keine Demo angemeldet, aber irgendwann werden sie da wohl auch mit Gewalt versuchen, das durchzusetzen. Das ist halt ne Frage der Kräfteverhältnisse.“

Ein Autodiebstahl durch drei Jugendliche endet im tödlichen Kugelhagel der Polizei

Am zweiten Wochenende unseres Aufenthaltes, kurz vor der Abreise eines großen Teils der Delegation, erreichte uns folgende Meldung: „In der Hauptstadt Athen und im nördlichen Thessaloniki haben spontane Demonstrationen gegen Polizeigewalt in Griechenland stattgefunden. Zuvor waren drei unbewaffnete Mitglieder der Volksgruppe der Roma, die mutmaßlich einen PKW gestohlen haben sollen, von sieben Polizisten unter Beschuss genommen worden.“

Am Tatort wurden 38 Patronenhülsen aus Polizeiwaffen gefunden.“¹

So wurden wir noch kurz vor unserer Rückreise zu Zeugen von Spontandemonstrationen gegen den Polizeiterror, in dessen Kugelhagel der unbewaffnete Nikos Sebanis starb. Am darauffolgenden Montag, dem 25. Oktober, waren wir nur noch zu zweit in Athen. Nach einem Interview mit RadioMeRA², dem Internetsender der von Varoufakis gegründeten Partei, die im griechischen Parlament vertreten ist, beschlossen wir an der Demonstration gegen die Polizeigewalt am selben Abend teilzunehmen, trotz der Warnung aus dem offiziellen Touristikführer der Stadt Athen, in dem es wörtlich heißt: „Vermeiden Sie den Exarchia- und Syntagma-Platz an Tagen, an denen Streiks und Demonstrationen geplant sind, da die Polizei ab und zu Tränengas einsetzt, um die Demonstranten zu vertreiben.“ Wir missachteten diesen Warnhinweis, wurden aber von dessen Berechtigung praktisch belehrt. Es dauerte nur wenige Minuten, und der aus vielen hundert Teilnehmer*innen bestehende Demonstrationzug wurde schon vor und auf dem Syntagma-Platz durch die Polizei mit Tränengas attackiert und vertrieben.

Die zunehmende staatliche Repression

Der Polizei fällt die Aufgabe zu, auch die sozialen Protestaktionen durch den Einsatz ihrer Repressionsinstrumente zu unterbinden. Dies zeigt u.a. folgender Bericht, nur zwei Wochen nach unserer Rückkehr. „Die MAT [Riot Police] war außer Kontrolle – sie warfen Chemikalien sogar ins Impfzentrum. Den Angriff der MAT mit Chemikalien, Blendchockgranaten und tonnenweise Wasser, klagt der Generalsekretär der nicht festangestellten Feuerwehrleute, Gerasimos Manifas, an. Er weist darauf hin, dass aus den Bewegungen der MAT klar wurde, dass sie den Befehl hatten, die Versammlung von Feuerwehrleuten aufzulösen.“

Diese Meldung erinnerte uns an den Besuch auf der von Waldbränden und Überschwemmungen heimgesuchten Insel Euböa. Das Gespräch mit einer dortigen Einwohnerinitiative machte deutlich, dass einer der Gründe für das Ausmaß der Waldbrände die Einsparungen in der Wald- und Forstpflge als auch bei der Feuerwehr waren. Die Mitarbeiter der Feuerwehr, nachdem sie vor wenigen Wochen noch als Helden gefeiert wurden, besaßen nun die „Unverschämtheit“, mehr Personal und bessere Ausrüstung vor dem Ministerium für

1 <https://www.heise.de/tp/features/Jugendlicher-in-Griechenland-stirbt-im-Kugelhagel-der-Polizei-6227190.html>

2 Interview unter https://www.youtube.com/watch?v=EuEY_cFk5f4

Klima- und Bevölkerungsschutz einzufordern. Nur einen Tag nach den Feuerwehrleuten demonstrierten auf dem Syntagma-Platz die von den Waldbränden betroffenen Menschen aus zahlreichen Regionen Griechenlands, darunter unsere Gesprächspartner*innen von Euböa.

Aus zahlreichen Gesprächen am Rande unserer Treffen und Veranstaltungen erfuhren wir von unseren Gastgeber*innen, dass es vor allem die Brutalität und Willkür der Polizei war, die in den letzten Monaten zu größeren Mobilisierungen geführt hatte; es strömten wieder mehr Menschen auf die Straßen als in den Monaten zuvor und als zu den traditionellen sozialen und gewerkschaftlichen Themen.

Das soziale Elend wächst

Auch wenn in den deutschen Medien kaum noch über die soziale Misere in Griechenland berichtet wird, sie ist nicht beseitigt. Im Gegenteil, wie wir aus persönlichen Gesprächen erfuhren. Bezeichnend die Angst fast aller Athener Freund*innen vor dem anstehenden Winter. Wurden die Zentralheizungen in den meisten Athener Wohnhäuser in den vergangenen Jahren wenigstens für zwei Stunden am Abend angeworfen, so wird dies wohl künftig auch wegfallen. Kaum eine Hausgemeinschaft ist noch in der Lage, die rapide gestiegenen Energiekosten aufzubringen, um ihre Zentralheizung zu befeuern.

Dieses Beispiel zeigt, wie viel sozialer Zündstoff sich in der griechischen Gesellschaft ansammelt. Auch unsere Treffen und Veranstaltungen legen davon Zeugnis ab, wie z.B. der Bericht über die drohenden Zwangsversteigerungen. Denn eine weitere Sorge Zehntausender Griech*innen gilt dem Erhalt ihrer Wohnungen, deren Eigentümer sie überwiegend sind. Mietwohnungen sind in Griechenland, wie in vielen südeuropäischen Staaten, die Ausnahme; zumeist wohnen die Menschen in den eigenen vier Wänden. Ein neues Insolvenzrecht, welches auch die Privatinsolvenzen regelt, erleichtert den Banken den Zugriff auf das Wohneigentum verschuldeter Personen. Sie können leichter aus ihrem Zuhause vertrieben werden. So sollen immer mehr Immobilien in Griechenland über die Banken an internationale Anleger verschertelt werden.

Unsere Treffen mit Gewerkschaftsvertreter*innen aus den Krankenhäusern, aus den privaten Kliniken und Heimen und mit dem gewerkschaftlichen Verband der Ärztinnen und Ärzte Attikas legen Zeugnis davon ab, welche Folgen die Corona-Pandemie für das chronisch unterfinanzierte Gesundheitswesen hatte. Betroffen vor allem normale, sprich ärmere, Patient*innen und die Beschäftigten. Die Regierungsmaßnahmen zielen auf weitere Einsparungen im Gesundheitssektor und verschlimmern deren Misere.

Ein weiteres Beispiel ist die Lage der Bevölkerung auf der Insel Euböa. Die verheerenden Waldbrände des Sommers und die anschließende Überflutung haben zahlreichen Einwohner*innen die Existenzgrundlage geraubt. Verantwortlich für das Ausmaß der Waldbrände waren auch hier die Sparmaßnahmen der vergangenen Jahre in der Wald- und Forstwirtschaft und vor allem bei der Feuerwahr.

Der erlahmte Widerstand

Die Zunahme des sozialen Elends stößt auf einen in den letzten Jahren zurückgegangenen Widerstand. Die Beschäftigten sind enttäuscht und ermattet durch die Erfolglosigkeit der Abwehrkämpfe des letzten Jahrzehnts. Ihre Gewerkschaften wurden geknebelt durch die schrittweisen Verschärfungen im Arbeits- und Sozialrecht; ihre Möglichkeiten werden mit einem neuen Gewerkschaftsgesetz weiter beschnitten – auch hier, wie im Demonstrationsrecht, nach deutschem Vorbild.

Der gesellschaftlichen Stimmung und der zunehmenden Passivität fielen auch zahlreiche sozialpolitische Initiativen zum Opfer, wie das soziale Zentrum in Perama, das wir über die Jahre regelmäßig besucht hatten. Die Pandemie läutete das endgültige Aus ein. Die Mietzahlungen für die Räumlichkeiten konnten nicht mehr aufgebracht werden, und während des

Lockdowns entfiel auch noch die Möglichkeit, das Zentrum für Treffen und die politische Solidaritätsarbeit zu nutzen.

Erfolgreiche Streiks bei Efood und im Hafen von Piräus

Zwei Arbeitskämpfe in den letzten Wochen haben gezeigt, dass die Beschäftigten auch unter diesen schlechten Voraussetzungen Erfolge oder Teilerfolge erringen können:

- Die Beschäftigten bei Efood konnten ihre Forderungen durchsetzen. Sie verdanken es nicht allein den eigenen Anstrengungen. Der Essenslieferant geriet nicht nur durch den Streik, sondern zugleich durch die Solidarität der Nutzer*innen und unter Druck. Innerhalb von nur zwei Tagen löschte ein Drittel der Konsument*innen ihre Efood-Bestellapp.
- Der siebentägige Arbeitskampf der Hafentarbeiter*innen beim chinesischen Konzern Cosco endete mit der Anerkennung ihrer Forderungen. Entzündet hatte sich die Arbeitsniederlegung an einem tödlichen Arbeitsunfall, verursacht durch Arbeitshetze, überlange Schichten und nur minimale Ruhezeiten der wie Tagelöhner Beschäftigten. Die Hartnäckigkeit und Dauer des Streiks zwang Cosco zum Nachgeben, denn der Warenumsatz in Containerhäfen steht unter enormen Zeitdruck.

Wir hoffen, diese gewerkschaftlichen Erfolge geben auch anderen Beschäftigten Mut und Auftrieb. Vielleicht sind es ja erste Anzeichen für die Überwindung der Passivität und ein Wiedererstarben des Widerstandes.

Es fehlt das soziale Zentrum von Perama

Auf unseren jährlichen Solidaritätsreisen „Gegen Spardiktate und Nationalismus“ besuchen wir regelmäßig das soziale Zentrum von Perama. Der Stadtteil, im Südwesten Athens, in der Nähe von Piräus gelegen, war das traditionelle Wohnviertel der Beschäftigten und ihrer Familien aus der dortigen Werftindustrie. Perama erlebte die Höhen und Tiefen dieses Industriezweiges, dessen Niedergang vor drei Jahrzehnten tiefgreifende Folgen für die Bewohner*innen hatte. Die Wirtschafts- und Finanzkrise – mit den durch die Troika (EU-Kommission, EZB, IWF) 2010 eingeleiteten Spardiktaten/Memoranden – leitete die weitere Verelendung der Einwohner*innen dieses traditionellen Arbeiterbezirks ein. Die Erwerbslosenrate schnellte auf über 70 Prozent empor.

In Perama bekamen wir die verheerenden Folgen der durch Berlin und Brüssel diktierten Sparpakete so deutlich vor Augen geführt, wie sonst nirgends während unserer Besuche. Wir konnten uns aber auch überzeugen, mit welcher Kraft, Beharrlichkeit und Solidarität in diesem verarmten Stadtviertel Widerstand geleistet wurde. Unsere Parole „Gegen Spardik-



tate!“ bekam ein konkretes Gesicht: das soziale Zentrum Perama. Hier wurden Lebensmittelspenden gesammelt, eine Volksküche eingerichtet, kostenlose medizinische Versorgung vermittelt, Nachhilfeunterricht für Schulkinder angeboten, usw. – nicht alle praktischen Aktivitäten können wir hier schildern. Im Mittelpunkt der Aktivitäten aber stand die politische Aufklärung, Mobilisierung und Organisierung der Bewohner*innen von Perama.

Kurz vor Beginn unserer zweiten Solidaritätsreise, am 17. September 2013, wurde der Hip-Hop-Musiker Pavlos Fyssas von einem Mitglied der Goldenen Morgenröte in Keratsini ermordet, einem Nachbarbezirk von Perama. Wie sich herausstellte, waren Mitglieder aus der Führung und der Parlamentsfraktion der faschistischen Partei verwickelt bzw. hatten den Mörder beauftragt. Der Kampf gegen die Zunahme von Nationalismus, Rassismus und den Aufschwung des Faschismus – in Perama gewann die Goldene Morgenröte 10% der Stimmen – gehörten deshalb zu den regelmäßigen Themen unseres Austausches. Gemeinsam mit unseren Freund*innen aus dem sozialen Zentrum demonstrierten wir in den folgenden Jahren zu den Gedenktagen des Mordes an Pavlos Fyssas.

Mit der Schließung des Zentrums haben die Bewohner*innen Peramas einen Ort der sozialen Begegnung und Unterstützung verloren; es fehlt als ein Zentrum des politischen Widerstandes. Auch wir vermissen das soziale Zentrum von Perama. Denn die Aufforderung an die Mitglieder unserer Reisegruppe – „Ihr seid jederzeit willkommen, fühlt euch wie zu Hause!“ – wurde Wirklichkeit. Es waren keine reinen Diskussions- oder Politabende in Perama. Empfangen wurden wir mit einem gemeinsamen Essen aus der Volksküche, um nach den Diskussionen bei Live-Rembetiko-Musik zu feiern, oft bis in tief in die Nacht. Ich und sicherlich viele andere aus der Reisegruppe haben ihr zweites „Zuhause“ in Athen verloren.

Wir gedenken Athanassios Pitsakis (20. Februar 1956 – 5. Januar 2020)

Am 5. Januar vorigen Jahres starb bei einen Unfall Athanassios, seit mehreren Jahren Mitglied und Aktivist des sozialen Zentrums. Wir hatten ihn als engagierten Diskutanten kennengelernt. Bei unseren jährlichen Besuchen kamen wir „zwangsweise“ in den Genuss seiner Kochkünste, er war zuständig für die Volksküche des sozialen Zentrums. „Liebe geht – bekanntlich – durch den Magen“. Bei dem dem sich nach dem Essen anschließenden Tanz und Umtrunk wirkte seine Lebensfreude ansteckend. Wir behalten Athanassios als Genossen, der das Leben liebte, in Erinnerung, der trotz der schwierigen sozialen Lage und der oft widrigen politischen Umstände bis zum Schluss aktiv geblieben war. *(Andi)*



Treffen und Referat: Apostolis Kapsalis, wissenschaftlicher Mitarbeiter bei GSEE

Montagvormittag, 18.10.

Vorbemerkung: Apostolis war im Winter 2012 in Deutschland auf einer Rundreise mit Arbeitern von einem von Schließung bedrohten Stahlwerk. Damals entstand ein Kontakt, der die Idee einer Solidaritätsreise ermöglichte. Er verschaffte uns die ersten Kontakte, als wir im Herbst 2012 zum ersten Mal nach Athen fuhren.

Er arbeitet als wissenschaftlicher Mitarbeiter bei dem wissenschaftlichen Institut des Dachverbands der Gewerkschaften im privaten Bereich, GSEE. Von 2016 bis 2018 war er Vorsitzender der staatlichen Arbeitsschutzbehörde und hatte von daher einen guten Einblick in die Beziehung von Staat und Privatwirtschaft. Seit vier Jahren ist er auch Dozent für vorwiegend Arbeitsrecht an zwei Universitäten. Allerdings scheint dieser Bereich im Wissenschaftsbetrieb immer mehr hinten runter zu fallen.



Apostolis und Jennifer, unsere Dolmetscherin, auf der Dachterasse vom Hotel Exarchion

Arbeitsrecht in Griechenland

Die Politik der Spardiktate bis 2018 regulierte das Arbeitsrecht in Griechenland besonders stark, mehr als in anderen sog. „Programmländern“, die auf EU-Finanzhilfen angewiesen waren. Wir haben in unseren früheren Broschüren darüber berichtet, wie erkämpfte Rechte beschnitten bzw. außer Kraft gesetzt wurden. Z.B. wurden faktisch Tarifverhandlungen verboten.

Seit 2018 ist Griechenland aus dem Programm raus. Die Syriza-Regierung (2015 – 2019) schaffte einige kleine Korrekturen. Insgesamt gab es von 2010 bis 2018 ausschließlich negative „Reformen“ des Arbeitsrechts.

Als im Herbst 2019 die neue Regierung der ND (Neue Demokratie) antrat, wurde dieser Negativtrend noch verschärft. Eigentlich waren die damaligen Verschlechterungen schlimmer, als was in der Covid-Pandemie und jetzt 2021 durchgesetzt wurde. Aber es gab damals keine Demos, nur ein paar kleine Proteste dagegen.

„Ich investiere in Griechenland“

Im November 2019 wurde ein neues Multigesetz im Parlament beschlossen mit dem wohlklingenden Titel: „Ich investiere in Griechenland.“, in dem ein großes Kapitel zum Arbeitsrecht enthalten ist. Es handelt sich um ein Gesetzespaket, das nationale und internationale Investoren anlocken soll. Einige Punkte daraus:

- Es wird sehr schwer gemacht, einen Tarifvertrag abzuschließen. Es wurde ein so aufwendiges Verfahren über Schlichtungsstellen vorgeschrieben, dass viele Gewerkschaften gar nicht erst versuchen einen Tarifvertrag abzuschließen.
- Ausgelaufene Tarifverträge verlieren ihre bindende Wirkung; sie sind nicht mehr gültig.
- Einschränkung der Rechte von Gewerkschaftern, z.B. Beschränkungen beim Sonderurlaub für gewerkschaftliche Zwecke. Gewerkschaften müssen sich in einem Register mit Satzung registrieren lassen um anerkannt zu werden; die Mitgliederlisten müssen beim Arbeitsminister hinterlegt werden;

- Vor irgendwelchen Streiks muss eine elektronische Urabstimmung erfolgen.
- Die Strafvorschriften für Unternehmen bei Verstößen gegen Schwarzarbeit und das Arbeitsrecht werden herabgesetzt. (Zum Beispiel wurde gegen die Piräus-Bank wegen solcher Verstöße eine Strafzahlung von einer Million € verhängt. Heute wären das nur noch 100.000 €!) Praktisch bedeutet das eine Aufforderung an die Unternehmen, Schwarzarbeit, unbezahlte Überstunden usw. einzuführen. Von 2015 bis 2018 hatte es noch viele Kontrollen der Arbeitsschutzbehörde gegeben. Die gibt es nun kaum noch.

2019 gab es einen kleinen Wirtschaftsaufschwung, da kam das neue Gesetz. Gewerkschaften ohne Widerstand. Warum? Zum einen liegt es an der Erfolglosigkeit aller Kämpfe seit 2010. Zum anderen war das Gesetz nur eine weitere Verschlechterung von ewig dem Gleichen, quasi nix Neues.

März '20: Die Covid-Pandemie beginnt.

- Für die Beschäftigten gab es keinerlei Schutzvorkehrungen. Die gewerkschaftlichen Dachverbände protestierten nicht! Apostolis wurde vom Gewerkschaftsvorsitzenden gebeten, einen europäischen Vergleich zu erstellen. Ergebnis: In Griechenland gibt es keinerlei Schutzvorkehrungen als einzigem Land. Diese Studie durfte nicht veröffentlicht werden (zum ersten Mal seit 2004). Da die Studie nicht offiziell veröffentlicht werden durfte, hat er sie persönlich in den "Heften des Marxismus" bekannt gemacht. Seither wird er kaltgestellt.
- Die Aufsichtsbehörde hat seit 2020 keine einzige Kontrolle mehr durchgeführt.
- In anderen Ländern gab es Lohnfortzahlung oder Krankengeld bei lockdownbedingten Betriebsschließungen, hier lediglich einen Coronazuschlag von 534 € pro Monat, der unter dem Mindestlohn liegt. Jede(r) bekam die gleiche Summe, egal wie hoch der Lohn vorher war, wie qualifiziert mensch war, ob man Familie hatte usw. Dies galt für geschlossene Betriebe, bei anderen stand es im Ermessen der Betriebe, ob was ausgezahlt wurde.
- Bei persönlicher Quarantäne gab es gar nichts.
- Bei Corona-Infektion bekam mensch einen Monat Lohnfortzahlung, dann Krankengeld.

Der Aufschwung 2019 hatte vor allem Arbeitsplätze im Kleingewerbe, Handel und Tourismus geschaffen. Diese verschwanden zu 90% während der Pandemie.

Seit März 2020 ist Griechenland das einzige europäische Land ohne Tarifverträge. In Frankreich z.B. wurden sie verlängert.

Ende 20 wurde Kurzarbeitergeld eingeführt. Dafür bekam Griechenland von der EU relativ zum BSP (2018) die meisten Gelder, 9% (EU-Durchschnitt 2,8%). Aber es hat davon am wenigsten an die Beschäftigten ausbezahlt. Dafür wurden den Unternehmen die Sozialversicherungsbeiträge erstattet unabhängig davon, ob sie von Corona betroffen waren oder nicht. Bei Kurzarbeit sollte man offiziell 60% des vorherigen Gehalts bekommen. Praktisch kontrollierte aber niemand, ob jemand weiter arbeitete. Z.B. Nachhilfeinstitute. Die Lehrkräfte waren offiziell im Lockdown, arbeiteten aber online weiter, bekamen den Coronazuschlag und die Arbeitgeber die Versicherungsbeiträge erstattet.

- Z.B. Nachhilfelehrkraft an einem Nachhilfeunternehmen. Offizielles Gehalt 1000 €, arbeitet online weiter für 700, bekommt Coronazuschlag von 534 € und das Unternehmen bekommt die Versicherungsbeiträge erstattet.
- Z.B. kleines Café in Exarchia mit 25 qm Fläche und drei Beschäftigten im Oktober 2020. Im November bei Lockdown hatte es auf einmal 170 Beschäftigte und kassierte für sechs Monate Lockdown 540.000 €.
- Die Aufsicht bekam die Anweisung keine Kontrollen durchzuführen.
- Freiberufler*innen und schwarz Arbeitende bekamen überhaupt nichts.

Seit 2010 gibt es keine kollektiven Erfolge, nur den Abbau kollektiver Rechte. Die Folge: Das Arbeiterbewusstsein ist in Griechenland verschwunden. Die bisherigen drei Arbeitsminister der ND-Regierung haben bisher keine Vertreter*in der Beschäftigten des öffentlichen oder privaten Bereichs empfangen. In der Privatwirtschaft sind nur noch zwischen 10 und 14% von Tarifverträgen geschützt. Im öffentlichen Bereich gibt es noch auslaufende Verträge, ansonsten werden Gehälter und Arbeitsbedingungen von der Regierung festgesetzt. Die Gewerkschaftsmitgliedschaft liegt noch bei etwa neun Prozent (25% im öffentlichen Dienst, fünf % im Privatbereich).

Die autoritär-repressive Regierungspolitik braucht die Entrechtung der Beschäftigten. Sie sind den Unternehmern einzeln ausgeliefert, ohne gewerkschaftliche Rückendeckung. Dies führt zur Individualisierung auch im privaten Leben, was man an der geringen Teilnahme an Protesten gegen den Abbau des Arbeitsrechts sieht. Es gibt dagegen eine stärkere Teilnahme an Protesten gegen die staatliche Repression, für demokratische Rechte als letzten Freiheitsbereich. Beim Arbeitskampf im Ausbildungsbereich, gingen lediglich 8.000 von 100.000 Streikenden auf die Straße. Auch nur etwa 8.000 protestierten gegen das neue Arbeitsrecht auf der Straße, toleriert von der Polizei. Dagegen schreitet sie gegen politische Proteste sofort ein, z.B. während des Hungerstreiks von Koufountinas (Gefangener des 17. November). Schon eine halbe Stunde vor Beginn griff die Polizei bereits an, so dass die Demo gar nicht erst losgehen konnte. Um den Abbau der Arbeitsrechte scheint sich kaum jemand zu kümmern: Vergangenheit.

Auf Nachfrage zum erfolgreichen Streik der Auslieferfahrer*innen von EFood: Ihr Erfolg war nicht ausschließlich ein Erfolg des Streiks. Mit entscheidend war die Unterstützung der Nutzer*innen, die darauf massenweise ihren Facebook-Account von EFood löschten.

(Manfred)



*Demonstration von Auslieferfahrer*innen in Athen*

Kundgebung der streikenden DEI-Beschäftigten

Dienstagmorgen, 19. Oktober 2021

Am Vormittag streiken die Beschäftigten der „DEI“, dem Versorgungsbetrieb Public Power Corporation (also der nationalen Elektrizitätsgesellschaft). Gut 100 Personen befinden sich vor dem Gebäude in der Chalkokondilistraße. Es sind Beschäftigte und mehrere Gewerkschaftsfunktionäre, die in der Menge schnell zu erkennen sind. Es geht um die Privatisierung des Versorgungsunternehmens, um den drohenden Verlust von Arbeitsplätzen.

Viele haben Transparente mitgebracht und lassen die Botschaften darauf für sich sprechen. Auf einer kleinen, provisorischen Bühne werden Reden gehalten. Auffallend ist, dass nur Männer reden, obwohl unter den Beschäftigten viele Frauen sind.

Auch wir bekommen die Möglichkeit, in einem Redebeitrag unsere Solidarität mit den Streikenden zu bekunden, berichten vom Hamburger Volksentscheid, der den Senat dazu verpflichtet hat, die Netze (Strom, Gas, Fernwärme) zurückzukaufen. Ein Erfolg der Hamburger*innen, gegen den der Senat damals Sturm lief, die Begründung anführte, dass kein Geld im Haushalt zur Verfügung stünde, um einen so teuren Rückkauf realisieren zu können. Bürgermeister der Stadt war zu diesem Zeitpunkt Olaf Scholz, der nun bald der nächste Kanzler der BRD sein wird.

Nach den Redebeiträgen verabreden wir uns für Donnerstag mit Panagiota Stathas, die bei „DEI“ arbeitet und uns Informationen zum Energiemarkt in Griechenland geben möchte.

(Doris)





Fots S.12 u.13: Kundgebung der Gewerkschaft vor dem Sitz von „DEI“

Treffen mit Panagiota Stathas

Donnerstagnachmittag, 21. Oktober 2021

Wir hatten uns mit Panagiota nach der Kundgebung vor der DEI-Zentrale am Dienstag verabredet. Sie arbeitet bei „DEI“ und möchte uns Informationen zum Energiemarkt in Griechenland geben. Panagiota lernten wir vor zwei Jahren kennen. Dabei stellte sich heraus, dass sie die Cousine von Yannis Stathas, dem Bürgermeister aus Distomo, ist. Mit ihm haben wir seit 2012 intensiven Kontakt. Wir treffen uns mit Panagiota auf der Dachterrasse des Hotels Exarchion.

Die Privatisierung des griechischen Energiemarkts begann bereits 1999. Überall wurden 49% der staatlichen Anteile angeboten und an private Unternehmen verschertelt. Die Anteile gingen dabei nicht an einen einzigen Anbieter, sondern wurden an viele Anteilsnehmer verkauft, der höchste Anteil lag dabei bei 5%. Der griechische Staat blieb mit 51% Eigentümer des Energiemarkts.

Man kann das Vorgehen als einen Versuch betrachten, der Bevölkerung die Privatisierung schmackhaft zu machen. Im neoliberalen Sprech‘ wurde auch nicht von Privatisierung, sondern von „Liberalisierung des Energiemarkts“ gesprochen. Geworben wurde mit Preissenkungen und mit einer stärkeren Kundenorientierung (natürlich). 20 Jahre später ließ sich feststellen, dass die Preise für Energie bereits in den ersten zehn Jahren der Privatisierung um satte 150% gestiegen waren. Seit der Krise, nach 2009, haben sich die Preise verdoppelt!

Zwischen 2010 und 2015 mussten zusätzliche Kosten in einer Größenordnung von 500 Mio. Euro aufgebracht werden, die als Extraposten für erneuerbare Energie deklariert wurden. Grüner Strom wurde als Trigger für die Preissteigerungen zur Begründung herangeführt. Das entspricht einer Preissteigerung von 13.000%! Geld, das von der Bevölkerung gezahlt werden sollte, die ohnehin schon massiv durch die Memoranden belastet worden war. Der öffentliche Sektor hatte massive Verluste produziert, der private Sektor extreme Gewinne erzielt. Allein 10 Mio. Euro wurden den privaten Firmen als Förderung und Subventionierung

vom griechischen Staat gezahlt. Geld, das eigentlich der Bevölkerung gehört hätte und mit dem es der Regierung möglich gewesen wäre, die Verluste im öffentlichen Bereich senken.

Im Jahr 2013 stiegen die Gaspreise extrem an. Europaweit wurden zahlreiche Gaswerke geschlossen, auch in der BRD. In Griechenland dagegen keines. Der griechische Staat subventionierte die Gasproduktion, auch wenn überhaupt kein Gas ins Netz gestellt wurde, sondern lediglich im „Stand-by- Modus“ produziert wurde. Durch diese staatliche Förderung erzielten die privaten Betreiberfirmen enorme Gewinne.

Während der Krise war es dem griechischen Staat durch die Troika untersagt, in erneuerbare Energien zu investieren, selbst dann, wenn er Eigentümer der Anlagen war. Das hatte zur Folge, dass Griechenland im Vergleich zu anderen europäischen Staaten, wie bspw. Spanien oder auch die BRD, weit abgeschlagen lag in der Nutzung erneuerbarer Energien.

Aktuell sind die Energieanlagen wieder aufgeteilt. Hochspannungsanlagen, Niederspannungsanlagen und die erneuerbaren Energien sind jeweils separaten Unternehmen zugeordnet.

Bereits seit 2012, also zu Zeiten der Memoranden, war bekannt, dass die staatlichen Anteile der Energieunternehmen verkauft werden sollten. Die PPC (Public Power Corp.) sollte nach Vorgaben der Troika bis auf 31% privatisiert werden. Die privaten Profite wurden mit dem Geld der Bevölkerung finanziert.

Zeitgleich war es vielen griechischen Haushalten nicht mehr möglich, ihre Energiekosten zu bezahlen. Zum einen wegen tatsächlicher Armut, zum anderen wegen Energiearmut. Ca. 3 Mio. Haushalte waren betroffen. Das entspricht einem Drittel der Verbraucher*innen und beziffert sich auf gut drei Milliarden Euro. Zu den drei Milliarden Euro nicht bezahlter Rechnungen kamen auch noch Kredite der PPC in einer Höhe von 5,5 Milliarden Euro.

24% der Hochspannungsanlagen der PPC wurden privatisiert, die Anteile an eine chinesische Firma übertragen. Nach den Plänen der Regierung sollen jetzt weitere Anteile privatisiert werden. Die PPC soll nur noch 49% übrigbehalten.

Von den staatlichen Niedrig- und Mittelspannungsanlagen wurden 49% an einen australischen Fonds verkauft. Dieser wird „der australische Vampir“ genannt. Der Deal für die Käufer ist lukrativ. Staatliche Firmen mit Monopol werden aufgekauft; damit sind die Profite garantiert. Allein 6% von jeder ausgestellten Rechnung landen auf dem Guthabenkonto der privaten Firmen. So konnte der „australische Vampir“ nach nur zwei Jahren und vier Monaten sein Börsenkapital erhöhen. Der griechische Staat wurde nicht an den Gewinnen beteiligt.

Bezogen auf die Rolle der Gewerkschaften führt Panagiota aus, dass es zu Beginn der Krise mehr Klassenbewusstsein gab. Allerdings wurden innerhalb der Gewerkschaften massive Korruptionsfälle bekannt und mehrere Gewerkschaftsfunktionäre wurden vor Gericht gestellt und verurteilt. In einigen Fällen wurden Gefängnisstrafen verhängt.

Schuldig sind jedoch nicht nur die Verurteilten, sondern auch alle, denen die Vorfälle bekannt waren und die keine Anstrengungen unternommen haben, um ihre Kollegen zu stoppen.

Es ist bekannt, dass eine nicht geringe Zahl der Beschäftigten nicht für höhere Einkommen kämpfen wollte, sondern zu ihren Gewerkschaftsfunktionären ging, um sich dort über zu niedrige Einkommen zu beschweren. In etlichen Fällen wurde ihnen seitens der Gewerkschafter gesagt, dass sie ja nette Kolleg*innen seien und wenn sie bei der nächsten Wahl der Gewerkschaften ihr Kreuz an der richtigen Stelle machten, würde ihnen eine Urlaubsreise auf eine der griechischen Inseln finanziert plus ein extra Taschengeld von 100 Euro täglich. Das Ganze funktionierte aus einem Mechanismus von Filz und Korruption heraus.

Nach EU-Kriterien sind 45% der griechischen Bevölkerung von Energiearmut betroffen. Die Haushalte geben mehr als 20% ihres Einkommens für Heizung, Klimatisierung, Kochen, Wäsche Waschen und den Betrieb von Unterhaltungsmedien (Radio, Fernsehen, PC) aus. Die EU definiert Energiearmut, wenn mehr als 10% des Haushaltseinkommens in Energiekosten fließen.

Da in den Jahren der Krise auch die Gehälter stark gesunken sind, ist es deutlich, dass die Energiearmut noch weiter steigen wird, dass künftig noch mehr Haushalte nicht mehr in der Lage sein werden, die gestiegenen Kosten zu finanzieren. Selbst wenn es möglich war, bislang die Energiekosten zu bewältigen, wird es nach weiteren Preissteigerungen nicht mehr möglich sein, sich diese Erhöhungen zu leisten. Sehenden Auges lässt die Regierung fast die Hälfte der Bevölkerung mit diesem massiven Problem allein.

Panagiota verdeutlicht das Problem damit, dass sie berichtet, dass der Preis pro Megawatt Energie im Jahr 2020 bei 70 Euro lag. Im Oktober 2021 ist der Preis auf satte 235 Euro gestiegen. Das ist eine Verdreifachung des Preises binnen eines einzigen Jahres.

Die privaten Unternehmen handeln Energie an der Börse. Bezogen auf den Weltmarkt, haben die asiatischen Länder die Pandemie besser überstanden. Sie sind daher jetzt in der Lage, alle Vorräte von Flüssiggas abzugreifen. Die Energiekrise wird daher explodieren. In Europa steht einzig Polen besser da, weil der Energiebedarf dort noch stark über Kohle-Verstromung gedeckt wird.

Da Panagiota einen Anschlusstermin hatte, konnten wir die Diskussion mit ihr nicht weiter vertiefen. Wir fragen uns jedoch, ob und mit welchen Mitteln der griechische Staat seine Bürger*innen in dieser Misere unterstützen wird.

(Doris)



Doris (links) und Panagiota (rechts) auf der Kundgebung der Beschäftigten vor der DEI-Zentrale

Treffen im Universitätsgeneralkrankenhaus Attikon

Dienstagabend, 19. Oktober

Wir treffen uns mit vier Gewerkschaftsvertreter*innen: zwei Pflegekräfte (die eine war aus dem größten Krankenhaus Athens und des gesamten Balkans, Evangelismos, gekommen), ein Arzt, ein Rentner von der Krankenhausverwaltung). Attikon ist das zweitgrößte Krankenhaus in Griechenland mit 700 Betten. Es liegt in Chaidari, einem Stadtteil von Athen.

Als wir in den Gewerkschaftsraum kamen, räumten sie noch schnell die Aschenbecher weg (hmm). Die Basisgewerkschaft hat 1.200 Mitglieder von 1.600 Beschäftigten (inkl.

Ärzt*innen). Eine Basisgewerkschaft gibt es in jedem größeren Krankenhaus. Der Mitgliedsbeitrag ist sehr gering, 2 € im Monat. Sie sind Mitglieder in der Dachgewerkschaft POEDIN – 80.000 Mitglieder von 100.000 Beschäftigten. Von den erkämpften Erfolgen profitieren auch Nicht-Mitglieder. Die Dachgewerkschaft für Ärzt*innen in öffentlichen Krankenhäusern hat 15.000 Mitglieder.

Sie berichten, dass es seit zehn Jahren nicht mehr ausschließlich Festangestellte gibt, sondern viele befristet Angestellte und Leiharbeiter*innen.

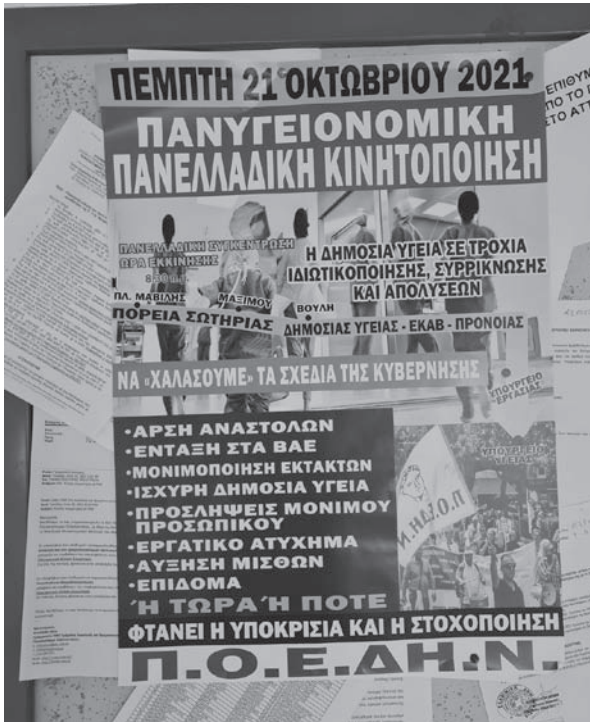
Der Wendepunkt waren die Memoranden, die zur Unterfinanzierung des öffentlichen Gesundheitswesens führten, weil vorrangig die ausländischen Gläubiger der griechischen Staatsschulden bedient werden sollten. Krankenhäuser wurden geschlossen, die prekäre Beschäftigung hat zugenommen. Es gab Kämpfe gegen die neu eingeführte Selbstbeteiligung. Es muss für jede Krankenhausbehandlung ein bestimmter Betrag bezahlt werden, was früher kostenlos bzw. von der Versicherung abgedeckt war. Inzwischen gibt es keinen Zugang mehr zur Gesundheitsversorgung für alle.

Ein weiteres Problem: Es fehlt die öffentliche Basisversorgung – die wird inzwischen im Wesentlichen von Privatpraxen durchgeführt, was teuer ist und von vielen nicht bezahlt werden kann. Damit wird der Zugang zum Gesundheitssystem erschwert. Die Menschen gehen dann vermehrt, oft auch später statt zum Arzt in die öffentlichen Krankenhäuser.

Nach den Wahlen 2019 lag der Fokus der konservativen Regierung Mitsotakis auf der Privatisierung.

Dann kam die Pandemie: Hier fand die Versorgung in den öffentlichen Krankenhäusern statt. Das führte zu folgenden Problemen:

- Da es quasi keine hausärztliche Versorgung mehr gibt, gingen alle Patient*innen – vor allem die mit Symptomen – in die Krankenhäuser. Dadurch konnte sich das Virus noch schneller verbreiten. Und es gab nicht genügend Betten – vor allem zu wenig Beatmungskapazitäten. Es gab zu wenig Personal, zu wenig Schutzmaterial. Die Belastung war sehr hoch, Ärzt*innen und Pflegekräfte kamen oft acht Stunden nicht aus den Zimmern raus.
- Es gab eine hohe Infektions- und Sterberate beim Personal: 40 Todesfälle, ca. 1.000 erkrankten.
- Private Krankenhäuser haben kaum an der Covidversorgung teilgenommen. Es gab zwar Angebote – sie wurden aber nicht angenommen, weil sie nicht finanziert waren.
- Die öffentlichen Krankenhäuser wurden zu Covid-Häusern. Folglich wurden alle anderen Krankheiten in privaten Kliniken behandelt und privat finanziert. Die Folge war



Aushang im Universitätskrankenhaus mit dem Aufruf zur Demonstration am 21. Oktober 2021

eine hohe Übersterblichkeit! 2020 gab 8.000 mehr Nicht-Covid-Tote und 15.000 Covid-Tote.

- Ein anderes Beispiel: Ein Covid-PCR-Test kostet im öffentlichen Krankenhaus 10 Euro, privat 70 bis 100 Euro.

Es gab keine Lohnerhöhung und keine Gefahrenzulage für das Personal. Die Beschäftigten haben eine große Wut auf die Regierung: Sie sehen dort die Schuld an der hohen Infektionsrate in der Bevölkerung – statt das Geld ins Gesundheitssystem zu stecken, floss es ans Militär und Unternehmen.

Impfungen wurden gut angenommen, die große Mehrheit war für Massenimpfung, 95% vom Gesundheitspersonal sind geimpft. Aber als Gewerkschaft sind sie gegen eine Impfpflicht. Die Regierung ist unglaublich – z.B. haben sich die Regierungsmitglieder erst impfen lassen, dann das Krankenhauspersonal. Es wurde eine Impfpflicht für Krankenhausbeschäftigte eingeführt. Wer nicht geimpft ist, wird ab 1. September ohne Gehalt freigestellt. Der Widerstand dagegen ist groß.

Die Situation in der Pflege: Europaweit gibt es 9,6 Pflegekräfte/1000 Einwohner, in Griechenland 3,2. Es fehlen 60.000 Pflegekräfte. Die Soll-Quote für Intensivstationen ist eine 1:1-Betreuung, in der Realität liegt sie bei 1:4. Auf den übrigen Stationen ist die Quote zwischen 1:20 und 1:60!

Der Anteil der Gesundheitskosten am BIP liegt bei 7,8% (Deutschland 11,9%). Die Regierung plant, das öffentliche Gesundheitswesen weiter einzuschränken und den Privatsektor zu erweitern.

(Silvia, Manfred)



Demonstration der Beschäftigten in den Kliniken, Athen am 21. Oktober 2021



Demonstration der Beschäftigten in den Kliniken, Athen am 21. Oktober 2021

Besuch bei EYNAP, Gewerkschaft der Ärzt*innen im öffentlichen Sektor für Athen und Piräus

Freitagmittag, 22. Oktober

Wir sprechen mit Panagiotis, (Neurochirurg, Generalsekretär des Dachverbandes und im Vorstand von EYNAP. Unorganisierter Linker) und Jannis, Orthopäde. Auf dem Tisch reichlich Aschenbecher, Panagiotis „raucht“ aber elektrisch.

Alle Beschäftigten im Krankenhaus können der Betriebsgewerkschaft beitreten, bis auf befristet Beschäftigte. Sie versuchen zu erreichen, dass diese das Recht bekommen auch beizutreten. Der Dachverband der Basisgewerkschaften aller Krankenhausbeschäftigten ist POEDIN. Unabhängig davon gibt es für ganz Griechenland auch einen eigenen Dachverband für Ärzt*innen, OENGE. Es lebe die Zersplitterung!

Panagiotis berichtet vor allem über die Pandemie und die Politik der Regierung dazu. Er unterscheidet zwei Aspekte: Fürsorge und Nachsorge.

Zur Fürsorge:

Die Coronaschutzmaßnahmen der Regierung hatten sehr wenig mit Schutz zu tun, sondern waren in erster Linie medienwirksam. Es gab einen sinn- und konzeptlosen Lockdown, dem die Öffnung folgte zur Touristensaison. Zum Beispiel wurden Flüge zusammen gelegt, um sie besser auszulasten. Die Regierung wollte vorrangig das große Business schützen. Die Impfkampagne hatte das Ziel, auf Teufel komm raus eine Öffnung durchzusetzen und nicht den besten Schutz zu gewährleisten. Jetzt heißt es: Masken runter und alles ist gut.

Der Hauptspot im Fernsehen hatte den Inhalt: Die Impfung führt zu unbeschwertem Urlaub! Angesprochen wurden junge, gesunde Menschen. Dazu gab es für Schüler*innen 150€

Belohnung und 500 GB Datenvolumen fürs Handy. Es wurde nicht aufgeklärt, dass Corona vor allem gefährlich ist für Alte, Vorerkrankte usw. Das war natürlich Futter für die Impfgegner. Zur Zeit sind 90% aller Erkrankten ungeimpft.

Als Dachverband hatten sie schon im Februar 2020 die Regierung anlässlich der italienischen Erfahrungen gewarnt. Die Regierung ignorierte dies zunächst. Sie legten einen Maßnahmenkatalog vor, was zu tun sei, der wurde nicht beachtet. Sie werden von der Regierung diesbezüglich praktisch isoliert. Stattdessen traten „wissenschaftliche Experten“ auf und verkündeten z.B., dass eine Schulklasse mit 15 Schüler*innen gefährdeter sei als mit 30!

Folgende Maßnahmen schlugen sie vor:

- Vorsorge für die Gefahr, dass es zu wenig Sauerstoff gibt.
- Erhöhung der Anzahl der Intensivbetten. In Griechenland gibt es lediglich 5,3 Intensivbetten auf 100000 Einwohner. Zum Vergleich: In Deutschland sind es über 20.
- Aufstockung des Personals.
- Aufstockung des Budgets für den Gesundheitssektor, der hohe Defizite aufweist.
- Attraktivität der Pflegeberufe erhöhen, z.B. frühere Rente im öffentlichen Sektor analog zum privaten Bereich, mehr Urlaub im öffentlichen Sektor, da die Beschäftigten dort besonders belastet sind.
- Alle Beschäftigten in öffentlichen Krankenhäusern sollen als Schweregefährdete eingestuft werden. Aber: 30 Coronatote im Gesundheitsbereich wurden nicht als Arbeitsunfälle anerkannt.

Von diesen Forderungen wurde kaum was umgesetzt. Lediglich die Anzahl der Intensivbetten wurde erhöht, z.T. aufgrund von Spenden. Aber manche dieser Betten können wegen Personalmangel gar nicht belegt werden. Sie hatten auch gefordert, dass private Kliniken für Coronapatient*innen beschlagnahmt werden. Die Regierung feierte sich selbst dafür, dass zwei Privatkliniken Coronapatient*innen aufnehmen wollten. Aber: In die eine Privatklinik kamen nur Genesene. Die andere sollte mit Personal aus öffentlichen Häusern betrieben werden. Das weigerte sich aber.

Fazit: Es gab eine hohe Anzahl von Todesfällen durch Missmanagement der Regierung. Die Leute haben Angst ins Krankenhaus zu gehen, es gab keinen Platz für beatmete Patient*innen. Die Regierung hat versucht, die Zahlen der Pandemie zu vertuschen, indem sie die Totenzahlen seit März 2020 nimmt und nicht seit Herbst 2020 mit den meisten Toten. Zur Zeit sind es 40 Tote pro Tag.

Das neue Gesundheits-Budget wurde von der Regierung nochmal um 500 Millionen reduziert, es gibt keine Neueinstellungen, keine Festeinstellungen, einen Mangel an Anästhesist*innen z.B. (die bei Covid besonders wichtig sind).

Aufgrund der Pandemie haben sie Einkommensforderungen zurückgestellt, obwohl die Situation unerträglich ist. Das Gehaltsniveau liegt bei 40-50% des deutschen. Es gibt auch eine Urlaubssperre. Sie haben als Ärztegewerkschaft keine Resonanz bei Regierung oder Medien. Die Krankenhausleitungen sind von der Regierung eingesetzt, daher regierungskonform. Der neue Gesundheitsminister führte vor kurzem ein Gespräch mit EYNAP. Seine Kernaussagen waren: Gelder für Gesundheit müssen vom EU-Coronafonds kommen. Die privaten Kliniken werden Vorrang haben. Er war stolz darauf, dass die jüngsten Entlassungen im Gesundheitssektor nicht von der Troika (EZB, EU-Kommission, Finanzminister), sondern von der griechischen Regierung kamen!

Jannis, der Orthopäde ergänzte.

Zuerst zur Demo gestern, als Silvia bei der Abschlusskundgebung massiv von einer Gruppe gestört worden war: Das waren Coronaleugner*innen und Impfgegner*innen. Sie skandierten die Parole: „Bringt uns unsere Verfassung zurück!“ Sie wollen ihre individuel-



*Kundgebung vor dem Gesundheitsministerium in Athen: Silvia (Mitte) übermittelte die Solidarität von der Berliner Krankenhausbewegung, links die Gewerkschafterin aus dem Krankenhaus Evengelismos, rechts der Kollege Christos aus der IGM Salzgitter, der die Rede übersetzte. Eine kleine Gruppe von Impfgegner*innen machte lautstark auf sich aufmerksam, so dass die Redebeiträge kaum zu verstehen waren.*

le Freiheit wiederhaben. Da die Regierung und der nationale Impfpat auch dummes Zeug verbreiten, sind viele verunsichert. Deshalb sind unter den Impfgegner*innen nicht alles Faschisten, obwohl viele dabei sind.

Allgemein zeichnet sich die Regierung durch ihre Angst vor Verantwortung aus. Sie hat drei Coronaausschüsse eingerichtet: einen zur Beratung (Epidemiologen); einen für die Maßnahmen in der Öffentlichkeit (Regierungsbeamte); den nationalen Impfpat.

Alle Mitglieder der drei Ausschüsse dürfen nicht verklagt werden und dürfen auch nicht als Zeugen aussagen!

Ihre Recherchen als Gewerkschaft haben ergeben:

- Regierungsmitglieder wurden zuerst geimpft, dann erst die Risikogruppen.
- Ärzt*innen anderer Fachrichtungen durften/mussten Covid-Patient*innen behandeln.
- Es gab Tote, weil nicht alle Krankenhäuser Covidpatient*innen aufgenommen haben.
- Es gab Tote wegen des Mangels an Intensivbetten und fehlender Intensivbehandlung.

Zur finanziellen Situation der Krankenhäuser:

Seit 2012 werden laufende Kosten durch den Staatsetat ausgeglichen (oder auch nicht), wenn/da die Kassen nicht zahlen. Das entspricht zwar nicht EU-Recht, die EU-Kommission weiß das, tut aber nichts. Die Schulden der Krankenkassen bei den Krankenhäusern wurden schon zweimal gestrichen. Die Krankenhäuser bleiben auf ihren Kosten sitzen, sind verschuldet, bekommen manchmal Geld von der Regierung, manchmal nicht, unsystematisch, es reicht vorne und hinten nicht.

Sie fordern deshalb ein steuerfinanziertes System statt Kassen. Die Kassenbeiträge decken nur noch 40 % der Kosten. Es mangelt an allem: Medizin, Kissen, Verbandszeug usw. Oft müssen die Patient*innen diese Dinge selbst mitbringen oder von ihren Verwandten besorgen lassen.

(Silvia, Manfred)

Treffen im Arbeiterzentrum von Athen mit Gewerkschafter*innen aus dem privaten Gesundheitssektor

Freitagnachmittag, 22. Oktober

Wir treffen uns mit Afroditi und Dimitri. Sie sind in einer Gewerkschaft für Beschäftigte im privaten Gesundheitssektor. Sie organisieren Beschäftigte in kleineren Häusern, die keine eigene Basisgewerkschaft bilden können. Das sind Privatkliniken, Covidzentren, Alten-/pflegeheime, Labore, Diagnostikzentren. Sie organisieren alle Beschäftigte, außer den Arzt*innen.

Seit 2010 und mit Einführung der Spardiktate sind die Löhne um 40% gesenkt worden. Nach der faktischen Abschaffung der Tarifverträge muss jeder einzeln um sein Gehalt kämpfen. Auch hier haben die unzumutbaren Arbeitsbedingungen zu einer massiven Flucht aus dem Beruf geführt.

Ihre Forderung: Die Gesundheit muss eine öffentliche Aufgabe sein und darf nicht privaten Gewinninteressen untergeordnet werden.

In den Altenheimen und privaten Krankenhäusern wurden deutliche Einsparungen vor allem beim Personal durchgesetzt. Es kam dort zu massiven Coronaausbrüchen.

Die privaten Kliniken in Griechenland finanzieren sich durch die Privatpatient*innen. Es gibt auch Versicherungen, die die Kosten in den privaten Häusern übernehmen. Aufgrund des Kostendrucks sind die Arbeitsbedingungen noch schlechter als in den öffentlichen.

Während der Pandemie konnte der private Sektor außerordentliche Gewinne erzielen. Die Lasten durch die Pandemie wurden nur vom öffentlichen Sektor getragen. Die Privaten haben sich geweigert Coronapatient*innen aufzunehmen!

Wegen der Überlastung in den öffentlichen Krankenhäusern bekamen die privaten einen erhöhten Zulauf für normale Behandlungen. Die mehrbelasteten Beschäftigten erhielten jedoch weder mehr Geld noch wurde das Personal aufgestockt. Offiziell gibt es zwar eine Qualitätskontrolle des Staates, nach den Memoranden haben diese aus Geldmangel kaum noch stattgefunden. Die meisten privatisierten Kliniken und Pflegeheime sind von Fonds aufgekauft worden. Es fielen Namen wie Oaktree, CBC, Euromedica, Asklepios,... Fresenius verkauft Ausrüstung und Geräte sowohl an öffentliche als auch an private Klinikbetreiber. Miteria ist der größte griechische Anteilseigner am Fonds CDC.

Wir berichteten zur **Situation in Deutschland**. Es gibt viele Parallelen. Anders ist das Versicherungssystem. Bei uns sind die Menschen in öffentlichen oder in Ersatzkassen versichert. Ausnahmen sind u.a. die Beamten.

Alle Krankenhäuser stehen unter Kostendruck. Die privaten allerdings noch viel mehr, weil ihr Geschäftsmodell erfordert, dass Gewinne an Aktionäre ausgeschüttet werden. In Deutschland sind bereits 25% aller Krankenhäuser privatisiert. Einen Ausverkauf gab es, als die staatlichen Krankenhäuser der DDR neue Träger suchten.

Die staatliche Krankenhausplanung in Deutschland liegt bei den Bundesländern. Es gibt das Recht auf Krankenhausversorgung in erreichbarer Nähe. Dennoch wurden im ländlichen Raum viele „nicht profitable Bereiche“ wie Geburtsmedizin und Geburtskliniken geschlossen. Überall fehlt es an Personal. Zur Situation mit Covid: Es wurde zwar sehr viel dafür getan, Intensiv-Betten aufzustellen (z.B. im Messezentrum), aber das für die Pflege notwendige Personal war gar nicht vorhanden.



Afroditi und Dimitri im Arbeiterzentrum Athen

Die Gewerkschaftsbewegung an den Krankenhäusern hat in letzter Zeit zwei wichtige Erfolge erkämpft. Bei der Mehrheit der privaten Asklepios Kliniken konnte ein Tarifvertrag erkämpft werden. Derzeit befinden sich fünf psychiatrische Asklepios-Kliniken im Streik um einen Tarifvertrag.

Die Berliner Krankenhausbewegung konnte nach 35 Streiktagen den Durchbruch für einen Tarifvertrag mit mehr Personal in den Krankenhäusern der Charité und Vivantes erzielen.

Die Dynamik und die Ausdauer der Streikenden war auch auf die „Organizing Strategie“ zurückzuführen, mit der sich die Gewerkschafter*innen vorbereitet hatten.

Zum erreichten Ergebnis in Berlin:

Es gibt in Zukunft Sanktionen, wenn die festgelegte Personalquote nicht erreicht wird. Es wurde eine Kompensation durch freie Tage vereinbart. Auch die Ausbildung wurde verbessert und Auszubildende dürfen nicht auf den Stellenschlüssel angerechnet werden.

Eine weitere Besonderheit dieser Streikbewegung war der Kampf der „Töchter“. Damit sind all die ausgegliederten Dienstleistungsbereiche der Krankenhäuser gemeint, die durch die Ausgliederung nicht mehr unter den Tarifvertrag des öffentlichen Dienstes fielen und erheblich niedrigere Löhne bekommen. Jeder Bereich hat einen eigenen (niedrigeren) oder gar keinen Tarifvertrag.

Die Streikforderung „TvöD für alle an der Spree“ konnte zwar nicht durchgesetzt werden, durch die jetzt getroffene Vereinbarung erhalten diese Beschäftigten allerdings z.T. deutlich mehr Geld.

Die meisten Beschäftigten in der ambulanten Pflege und in den Altenheimen haben keinen Tarifvertrag. Der Mindestlohn in der Pflege beträgt 13.20 €.

Eine Allgemeinverbindlichkeit der Tarifverträge für die Pflegebeschäftigten, wie er von Gewerkschaften und auch von der Politik gefordert wurde, konnte gegen den Widerstand der Kirchen, die viele Einrichtungen betreiben, nicht durchgesetzt werden.

(Silvia, Hans)



Demonstration der Beschäftigten in den Kliniken, Athen am 21. Oktober 2021

Treffen mit Vasilis und Anna

Dienstag 26. Oktober, Thessaloniki

Vasilis Tsapas arbeitet in einem großen öffentlichen Krankenhaus im Norden von Thessaloniki. Darüber hinaus ist er Mitbegründer und Aktivist in der solidarischen Gesundheitspraxis in Thessaloniki.

Wie in Deutschland leidet das Gesundheitssystem in Griechenland mit der Ökonomisierung unter demselben Druck. Die Organisationsstrukturen unterscheiden sich zwar erheblich, aber auch in Griechenland versucht der Staat sich seiner Verantwortung zu entziehen, indem Krankenhäuser privaten Trägern übergeben werden.

Die Organisationsstrukturen sind sehr vielfältig: Neben den gewerkschaftlichen Dachverbänden organisieren sich die Ärzt*innen in den Regionalverbänden dieser Organisation. Die Aktivist*innen in diesen Gewerkschaften sind daneben oft noch in politischen Netzwerken aktiv, in denen politische Ziele formuliert werden.

So gibt es z.B. die unter dem Einfluss von ANTARSIA stehende Bewegung für ein anderes Gesundheitssystem im Dienste der Menschen und nicht des Profites. Thodoros, ein weiterer Arzt aus der Soliklinik, hat sich hier sehr stark engagiert. Auch Vasilis arbeitet dort mit, obwohl er mit ANTARSIA sonst nichts zu tun hat.

Die Parallelen zur Berliner Krankenhausbewegung liegen vor allem in den Zielen der Aktivist*innen. Was die Kämpfe, die derzeit geführt werden, betrifft, scheinen sie über punktuelle Streiks und Demonstrationen nicht hinaus zu gehen. Das führt zu einer Ritualisierung des Widerstandes, die die Kampfkraft und die Ausdauer lähmt.

Streiks mit einer Dauer von 35 Tagen wie diese der Berliner Krankenhausbewegung hat es in Thessaloniki noch nicht gegeben. Das Besondere an dem Streik der Berliner Krankenhausbewegung ist, dass er intensiv vorbereitet war und auf einer langen Kampferfahrung für mehr Personal im Krankenhaus beruhte. Eine intensive Beschäftigung mit dem Organizing-Konzept führte zu einer hohen aktiven Beteiligung der Beschäftigten, der Pfleger*innen und vor allem der Krankenschwestern und Hebammen. Es war kein Streik, bei dem die Gewerkschaftsfunktionär*innen im Vordergrund standen, sondern die Beschäftigten selbst. Dies verlieh dem Kampf eine hohe Glaubwürdigkeit. Die Unterstützung der Bevölkerung wurde auch dadurch erleichtert, dass in der Pandemie der Pflegenotstand für alle sichtbar war. Die volle Unterstützung anderer soziale Bewegungen wie z.B. „Deutsche Wohnen enteignen“ tat ein Übriges. Die erfolgreiche Anwendung des Organizing-Ansatzes interessierte unseren Gesprächspartner besonders.

Der Ansatz, mit einer Solidaritätserklärung aus Thessaloniki die Streikenden zu unterstützen, sollte ausgebaut / intensiviert werden. Auf jeden Fall wollen wir den Austausch mit Aktivist*innen im Gesundheitsbereich in Berlin, Athen und in Thessaloniki ausbauen. Dafür müssen nun auch direkte Kontakte zwischen den Aktiven im Gesundheitsbereich in Deutschland und Griechenland hergestellt werden

Bei der Diskussion über die Entwicklung des solidarischen Gesundheitszentrums kam noch Anna hinzu, eine ehemalige Aktivistin. Die Stimmung in dem Zentrum, das einmal im Mittelpunkt der Aufmerksamkeit gestanden hatte, ist eher gedämpft. Dabei mangelt es nicht etwa an Patient*innen. Ein nicht so neues Phänomen trübt die Zuversicht der Aktivist*innen: Die Menschen lassen sich lieber in der Soli-Klinik mit Medikamenten versorgen, als sich selbst mit dem maroden öffentlichen Gesundheitssystem herumzuschlagen. Diese Passivität lähmt die Energie der weniger gewordenen Ärzte und Helfer*innen in der sozialen Klinik. Es fehlt an neuen Initiativen und Konzepten.

Ein Gedanke, den wir bei dem Gespräch diskutiert haben, war, sich mit den Erfahrungen der in den letzten Jahren aufgebauten Gesundheitszentren in Berlin, Hamburg/Wilhelms-

burg und anderen Städten zu beschäftigen. Die Aufgabe besteht nun darin diese Erfahrungen zu kommunizieren. Im Gespräch mit Anna kamen wir auf viele positive Erfahrungen, die es früher schon in der Gesundheitsbewegung gegeben hat. Aus deren Erfahrungen könnten wir auch schöpfen: z.B. der Gesundheitsladen und die Zeitung „Dr. Mabuse“, die Irrenoffensive. Anna berichtet von Erfahrungen, die sie in sozialen Zentren gesammelt hat. Ist dieser Schatz der Erinnerung verloren oder können wir ihn noch heben?

(Hans)



Vasilis Tsapas (mit Transparent) auf der 1. Mai-Demo 2013 in Berlin-Kreuzberg

Eindrücke eines Kollegen aus dem Gorillas Workers Collective „Riders“ organisieren sich hier wie dort

Ziel unseres Besuchs in der Stadt, die das Wort Demokratie hervorgebracht hat, der weitläufigen Stadt Athen, war es, von ähnlichen Kämpfen wie dem unseren zu lernen und Gemeinsamkeiten mit anderen Kämpfen zu finden, sowohl in Griechenland als auch mit den entsprechenden Kämpfen in Deutschland.

Man braucht nur ein paar Artikel über Griechenland und die griechische Wirtschaft zu lesen, um zu erkennen, wie weit verbreitet die Korruption in diesem Land und seinem System ist.

Die erste kritische Diskussion, die wir führten, war mit der Journalistin Eurydike Bersi über ihren Artikel über die Ausbreitung der Windkraftindustrie und die damit verbundene Korruption. Sie war Rückenwind für meine Idee, Aktivist*innen für den Klimawandel zu erreichen. Etwas, von dem ich glaube, dass das (sich bildende) Gorillas Workers Collective lernen kann, ist die Rolle, die Arbeiter*innen in der Protestbewegung von Fridays For Future und in ihrer neuen Kampagne #uprootthesystem spielen können. Wenn das, was sie wirklich anstreben, Systemveränderung ist, wer wäre besser geeignet, das kapitalistische System zum Stillstand zu bringen, als die Rädchen, die es antreiben?

Das zweite, unverzichtbare Treffen war mit einer Gewerkschafterin der Hafenverwaltung von Piräus und einer Betriebsrätin und Gewerkschaftskollegin aus dem Hamburger Hafen.



*Demonstration von Auslieferfahrer*innen in Athen*

Auch hier war die Allgegenwärtigkeit der Korruption in Griechenland herauszuhören. Die beiden sprachen darüber, wie sich Corona auf ihre kollektiven Aktionen, ihre Arbeit und die fehlende physische Präsenz ausgewirkt hat. Auch darüber, wie es sich auswirkt, Ehefrau und Mutter zu sein, während man zu Hause arbeitet. Sie sprachen darüber, dass die bisher notwendige Reisetätigkeit kein Thema mehr ist, dass man allerdings viele Stunden pro Woche am PC verbringen muss. Über die 4-Tage-Woche, über chinesische Kreditschulden in den Häfen von Griechenland und anderen Ländern.

Weitere Themen waren: Wie die Polizei die Proteste in Griechenland unterdrückt hat, auch die in Griechenland noch junge #metoo Bewegung. Die Verschuldung Griechenlands und die Investitionen der chinesischen Firma Cosco und ihre Auswirkungen...

Das Treffen hat die Unterschiede zwischen den beiden Ländern, Griechenland und Deutschland, ins rechte Licht gerückt. Die Probleme, die durch ein chinesisches Unternehmen verursacht werden können. Was wäre, wenn Tencent, das bereits einen Großteil der Gorillas-Aktien hält, unser nächster Chef wird? Würden dann minderwertige Ausrüstungen die Norm sein, wie es bei der COVID-19-Ausrüstung der Fall war, die die EU von der chinesischen Regierung zurückgewiesen hat?

Streikgesetze sind vielleicht nur ein Mittel, um Arbeitnehmer*innen gegen ungerechte Gesetze, unfaire und unsichere Arbeitsbedingungen aufzubringen. Dass Regeln, die in einer der dunkelsten Epochen Deutschlands entstanden sind, immer noch in Kraft sind, wirft die Frage nach der Legitimität dieser Gesetze auf.

Das nächste Treffen fand mit zwei Aktivist*innen einer Gruppe statt, die aufklären und Solidarität organisieren wollen mit Unterstützern des Hungerstreiks von Dimitri Koufountinas. 200 Menschen waren festgenommen worden und wurden jetzt für ihre Solidaritätsaktionen zu Geldstrafen von fast 90.000 Euro verurteilt.

(Anmerkung: Dimitri Koufountinas ist laut der Deutschen Welle ein Terrorist und laut der Nachrichtenagentur Reuters ein militanter Aktivist.)

Wie unterschiedlich die Welten sind, in denen wir leben! Diese Menschen kämpfen buchstäblich um ihr Leben in Straßen, die so anders sind als die, in denen wir uns bewegen, mit Rahmenbedingungen, die so anders sind als die, die in Deutschland existieren. Bei so unterschiedlichen Arbeits- und Lebensbedingungen fragt man sich, welche Gemeinsamkeiten es zwischen den Gorilla-Arbeiter*innen und den Ridern in Griechenland gibt.

(Avik)

Besuch bei der Basisgewerkschaft der Auslieferfahrer



Das gut gesicherte Büro der Basisgewerkschaft SVEOD

Das Büro von SVEOD: 14 Jahre Geschichte der Basisgewerkschaft bedeutet auch, dass man lernt, sein Büro zu schützen. Mit SVEOD hatten wir zwei Treffen, wobei das zweite Treffen (das „unter Berufskollegen“ stattfand) das ergiebiger war.

SVEOD blickt auf eine über 14-jährige Geschichte ihrer unabhängigen Organisation zurück. Die Organisationsarbeit besteht u.a. darin, Unterlagen, Sitzungsprotokolle, Artikel und Analysen der Strategien der Unternehmensleitung zu sammeln. Außerdem werden die im Laufe der Jahre durchgeführten Aktionen und Maßnahmen dokumentiert. Einige der wichtigsten Erkenntnisse aus den Treffen waren:

- 1: Die „Rider“ müssen ihre Ausrüstung selbst finanzieren, selbst das Benzin wird vom Unternehmen nicht erstattet. Es gibt keinen einheitlichen Mindestlohn, die Arbeiter haben Glück, wenn sie drei Euro pro Stunde verdienen.
- 2: Der Beruf wird vom Staat nicht anerkannt, sie haben ungeschützte Beschäftigungsverhältnisse wie bei uns.
Das war einer ihrer Streitpunkte bei den jüngsten Protesten, bei denen sie erfolgreich gekämpft haben. Diese Proteste erzielten nach langer Zeit die ersten Erfolge überhaupt in Griechenland. Deshalb wurden sie mit großem Tamtam gefeiert.
- 3: Die Gewerkschaft finanziert sich hauptsächlich durch die Mitglieder. Diese bezahlen acht Euro pro Monat, ein enormer Betrag im Vergleich zu allen anderen Gewerkschaften, von denen keine mehr als zwei bis drei Euro pro Monat verlangt.
- 4: Etwas Geld nehmen sie auch ein durch den Verkauf ihrer Kalender.
- 5: Die Art und Weise, wie sie sich organisieren, unterscheidet sich deutlich von uns: Sie ziehen es vor, keinerlei Beziehungen zu den Medien zu unterhalten, sondern ihre eigene Zeitung und Website zu veröffentlichen.
- 6: Sie haben eine Satzung mit Richtlinien und Vorschriften, die sie in den ersten Jahren ihrer Organisation niedergeschrieben haben.
- 7: Die Diskussion findet in Online-Foren statt, die nur für Mitglieder zugänglich sind, sowie in ihren Versammlungen.
- 8: Jedes Mitglied kann an der Versammlung teilnehmen. Die Versammlung wählt einen 5-köpfigen Rat.
- 9: Der Rat besteht aus fünf ehrenamtlichen Mitgliedern, wobei alle Mitglieder innerhalb und außerhalb des Rates die gleichen Rechte haben. Die Ratsmitglieder werden jedes Jahr ersetzt, es gibt also keine wiederkehrenden Ratsmitglieder.
- 10 Das Wichtigste war, dass es bei den Beschlüssen keine Mehrheitsentscheidungen gibt, sondern dass alle an einem Strang ziehen. Die Diskussion ist der Schlüssel, mit dem im Dialog zwischen beiden Seiten eines Themas ein Ergebnis erzielt wird, bis eine Seite die Argumente der anderen Seite akzeptiert.
„Wenn eine Abstimmung 51 zu 49 ausfallen würde, bedeutete das, dass wir 49 % zurücklassen würden. Wir ziehen es vor, zu reden, zu reden und zu reden, bis 80 bis 90 % auf derselben Seite stehen.“
- 11: Die Haltung gegenüber den Mainstream-Medien ist ablehnend. Dadurch soll auch erreicht werden, dass kein Mitglied zu einer Ikone, zu einem Führer oder Sprecher wird.

Bei Treffen und Absprachen mit anderen Organisationen diskutieren und wählen sie die Mitglieder, die sie vertreten sollen. Dabei sollen es mindestens zwei bis drei Vertreter sein.

- 12: Es gab Versuche eine Föderation mit anderen Kollektiven und Gewerkschaften zu bilden, die jedoch scheiterten. Gründe dafür werden nicht genannt. Etwas, das Gorillas Workers Collective als eine im Entstehen begriffene Gruppe erforschen muss.
- 13: Mitglieder können aufgrund von Inaktivität ausgeschlossen werden. Mitglieder fühlen sich verpflichtet, an kollektiven Aktionen wie Demonstrationen, Streiks und Versammlungen teilzunehmen. Darüber hinaus werden drei- bis viermal mal so hohe Beiträge gezahlt, wie im Durchschnitt für eine Gewerkschaftsmitgliedschaft gezahlt werden muss.
- 14: Zeitungen, Broschüren und Kalender: Sie betonen, wie wichtig es ist, ihre Mitglieder zu qualifizieren und zu informieren. Der Begriff „Klassenbewusstsein“ fiel in dem Gespräch einige Male. Die Mitglieder werden ermutigt, sowohl in den Foren als auch auf ihrer Website Meinungsbeiträge, Analysen und Berichte zu verfassen.
- 15: Der persönliche Einsatz bei ihren Aktionen lässt mich neidisch werden auf diese Bewegung und ihren Kampf, der bis jetzt erfolgreich war. Er drückt sich sogar in Graffiti in den Straßen der ganzen Stadt aus.

Der 3. Punkt ist extrem wichtig, da er dem ähnelt, was wir in Deutschland anstreben, nämlich alle Arbeitnehmerrechte. SVEOD als eine anarcho-syndikalistische Organisation erzielt Wirkung mit Demonstrationen und Protesten, die denen der Aganastoikas, Igonimos und der Occupy Wall Street- Bewegung sehr ähnlich sind.

In den Punkten 15 und 16 geht es darum, wie sie sich bilden und weiterentwickeln und nicht nur um Mobilisierung. Das Ziel ist, eine starke, gebildete und kritisch und unabhängig denkende Basisbewegung zu schaffen. Zusammen mit der Fähigkeit, Menschen auf die Straße zu bringen, öffentlichen Raum einzunehmen und auf ihre Sache aufmerksam zu machen.

Die wichtigste Erfahrung war die Bedeutung der Eigendynamik und wie wichtig sie für Bewegungen wie die unsere ist. Die Unterdrückung durch das Management oder die staatlichen Behörden bedeutet für uns ein Moment des Aufbruchs, aber auch ein Moment des Vorankommens. Wir müssen eine breitere gemeinsame Basis mit anderen Teilen der Gesellschaft finden. Sei es die junge Generation von Fridays for Future oder ihre Lehrer aus dem Bildungssektor, die gezwungen waren, trotz der Pandemie zur Schule zu gehen. Oder ob es sich um die Hafnarbeiter oder die Bauern in den Hügeln von Euböa handelt. Beide stehen den Konzernen oder Konzernkonglomeraten und ihren politischen Freunden, bei denen sie Lobbyarbeit betreiben, im Weg.

Wir konnten bedauerlicherweise nur die Arbeiter in Athen treffen. Was wäre, wenn in Thessaloniki, Patras, Joannina, Chania, Larissa und anderen Städten koordinierte Aktionen durchgeführt würden?. Solche koordinierten öffentlichen Solidaritätsbekundungen würden eine wichtige Rolle spielen bei der Abschaffung dieses Arbeitsrechts, die die Plattformökonomie begünstigt (ein Recht, das diese Arbeitnehmer als Freiberufler betrachtet und sie der Ausbeutung überlässt).

Es wäre sehr interessant herauszufinden, was die anderen Gewerkschaften über den SVEOD denken und was die Mitglieder in den anderen Städten denken.

Es gibt andere Fahrer, die mit SVEOD eigentlich nichts zu tun haben, die aber für die Verbreitung des Hashtags #cancel_efood verantwortlich waren. (Also für den erfolgreichen Kampf der Efood-Rider im August).

(Avik)

Treffen mit Anastasia in Piräus

Mittwochnachmittag 20.10.2021

Die Gruppe hat sich geteilt und wir treffen Anastasia Frantzeskaki (Gewerkschaft Angestellte/ Techniker*innen der griechischen Häfen) nur zu fünft in einem Café in Piräus. Anastasia hatte schon vor unserer Reise großes Interesse an Informationen über die anteilige Übernahme eines Terminals im Hamburger Hafen durch Cosco im Herbst 2021 geäußert.

Zuallererst erinnert sie uns aber an unseren Besuch bei ihr im Büro 2016, bei dem sie über die China-Reise von Bundeskanzlerin Merkel im Jahr 2015 gesprochen hatte. Während des Chinaaufenthalts soll besprochen worden sein, welche europäischen Häfen für eine chinesische Beteiligung geöffnet werden sollen. Neben dem Hafen in Piräus, der dann bereits im Folgejahr 2016 an Cosco „verpachtet“ wurde, wurden die deutschen Häfen Hamburg, Bremerhaven und Wilhelmshaven genannt. Seither hält Cosco, hält China Beteiligungen an 14 europäischen Häfen.

Anastasia berichtet, dass Cosco die Pläne für eine Hafencity in Piräus nach Londoner Vorbild weiter verfolgt. Im Sommer 2021 wurden der lokalen Regierung in Piräus Baupläne vorgelegt, die aus verschiedenen Gründen abgelehnt wurden. U.a. wurde eine große Anzahl von Umweltauflagen nicht erfüllt. Doch es wird darüber gemunkelt, dass Gesetze, die für Vorhaben von Cosco nicht geeignet sind oder zu hohe Hürden aufzeigen, vom griechischen Staat geändert werden, damit Cosco keine Probleme bei der Umsetzung seiner Vorhaben hat.

Anastasia erläutert, wie schwer es für die Gewerkschaften im Hafen geworden ist, unter Coronabedingungen Kolleg*innen zu Protesten zu mobilisieren, viele seien sehr ängstlich geworden.

Griechenland habe insgesamt 10.000 neue Polizeikräfte eingestellt (davon können wir uns fast täglich auf den Straßen überzeugen), aber kein zusätzliches Pflegepersonal. Auch Cosco als Arbeitgeber hat keine Impfungen für seine Beschäftigten angeboten. Zwar seien die meisten Arbeitnehmer*innen geimpft, doch die übrigen benötigen nur einen Test pro Woche, um arbeiten zu können.

Wie in den Jahren zuvor spielt auch der Abschluss eines Tarifvertrags (für die Angestellten und Techniker*innen) eine große Rolle. Der letzte Tarifvertrag lief 2019 aus. Im Herbst 2019 waren Cosco und die Gewerkschaften kurz vor einem Neuabschluss, mit hohen Lohnsteigerungen. Kurz danach wurden die ersten COVID 19-Fälle bekannt, brach die Pandemie aus. Cosco machte sich diese Situation zu Nutzen und forderte in einem Treffen mit den Gewerkschaften im März 2020, dass der Hafen geöffnet bleiben müsse. Von den Gewerkschaften wurde dies abgelehnt, aber die Haltung von Cosco war eindeutig, der größte griechische Hafen musste uneingeschränkt geöffnet bleiben. Daraufhin unterbreiteten die Gewerkschaften Cosco Vorschläge und ihre Bedingungen, was Cosco jedoch überhaupt nicht beeindruckte, weitere Gespräche wurden abgelehnt.

Im Sommer 2020 verkündete Cosco, dass Tarifverträge nicht erforderlich seien. Die Antwort der Gewerkschaften darauf war ein Streik, der die chinesischen Eigner wieder an den Verhandlungstisch zurückholte. Sie boten einen 3-Jahres-Tarifvertrag mit Steigerungen von 0,5% im ersten Jahr und jeweils 1% im zweiten und im dritten Jahr an. Zusätzlich sollte jede*r Beschäftigte einen monatlichen Gutschein in Höhe von 50 Euro erhalten. Auf die Ausstellung von Gutscheinen muss Cosco keine Steuern zahlen.

Anastasia geht auf die Veränderungen im Arbeitsrecht ein, die die neue Regierung der „Neuen Demokratie“ nach ihrem Wahlerfolg eingeführt hat. So wurde das Kündigungsschutzgesetz dahin gehend geändert, dass grundlose Kündigungen möglich sind. Firmen sind nicht mehr verantwortlich für Vertragsbrüche eingesetzter Subunternehmer.



Radu, Hans, Christos, Anastasia und Doris im Gespräch über die Häfen von Piräus und Hamburg

Sie berichtet von einem Fall im Hafen, der 38 Frauen aus dem Reinigungsgewerbe betrifft. Die Frauen wurden im Unternehmen „A“ eingestellt, aber an das Unternehmen „B“ ausgeliehen. Für ihre Arbeit erhielten sie elf Monate lang kein Gehalt und auch sonst keinerlei Zahlungen oder Zulagen. Das, obwohl die meisten Frauen in der Firma „A“ schon seit 28 Jahren angestellt waren. Der Einkommensverlust jeder Frau beziffert sich auf ca. 4.500 Euro.

Möglich war das Konstrukt, weil die Arbeitsverträge auf immer neue Firmen übertragen wurden. Unterstützung haben die Frauen nur über die Gewerkschaft erhalten.

Die griechische Regierung hat die Pandemie auch genutzt, um Gesetze in ihrem Sinne durch das Parlament zu peitschen. So haben die Ministerien Gesetzentwürfe nur ein einziges Mal ins Parlament gegeben, dort wurden sie ohne jegliche Debatte, ohne Änderungen „durchgewinkt“. Für die Gewerkschaften bedeutet dies, dass sie sich jeweils durch 500 bis 1000 Seiten neuer Verordnungen und Gesetze arbeiten müssen, um herauszufinden, was sich durch die Neufassung geändert hat.

Aktuell hat Cosco weitere 16% Anteile des Hafens übernommen, Piräus ist jetzt zu 67% in Händen von Cosco. Im Vertrag von 2016 war festgehalten worden, dass Cosco den weiteren Anteil von 16% nur erhalte, wenn bis August 2021 Investitionen in den Hafen im Wert von 210 Mio Euro abgeschlossen seien. Die meisten Investitionen blieben aber unvollendet oder wurden ausgesetzt. Trotzdem hat Cosco die weiteren 16% erhalten. Die Vereinbarung von 2016 wurde geändert.

Wir sprechen über den Deal, den Cosco mit dem städtischen Unternehmen HHLA (Hamburger Hafen und Logistik AG) in Hamburg geschlossen hat. Cosco übernahm im September 2021 30% der Anteile am Containerterminal „Tollerort“. Die Presse hatte schon im Juli von dem geplanten Deal gesprochen, erst dadurch wurde den Beschäftigten der HHLA der bevorstehende Abschluss bekannt, der zumindest bei den auf dem Terminal Arbeitenden für große Unruhe gesorgt hat.

Unternehmensleitung, große Teile der Presse und der Hamburger Senat loben den Abschluss als „zukunftsweisend und wettbewerbsfördernd“. Kritische Stimmen, wie bspw. das „Privatbahn-Magazin“ schreiben jedoch:

„Immer wieder werden Warnungen laut, Infrastruktur nicht in fremde Hände zu geben. Europäische Häfen, Schienenstränge, Autobahnen gehören in europäische Hände. Doch wenn chinesische Investoren vor nationalen Türen stehen, dann verblassen oftmals europäische Gemeinsamkeiten“.

Über die Inhalte des Abkommens gelangen so gute wie keine Informationen an die Öffentlichkeit, auch das ein Zeichen, berechtigtes Misstrauen an dem Abschluss zu hegen und zu überlegen, welche weiteren Zugeständnisse es in Zukunft geben wird. In kritischen Kreisen glaubt niemand, dass es bei der 30%igen Beteiligung bleiben wird.

Bereits im Sommer 2017 gab die Hamburg Port Authority den Gewinner eines so gut wie nicht bekannten Ideenwettbewerbs der freien Fläche „Steinwerder“ bekannt: Der Gewinner hieß „Alibaba“ (chinesischer Konzern a la Amazon). Die Fläche war vom damaligen Senat und seinem Bürgermeister Olaf Scholz freigeräumt worden, um die Bewerbung für die Olympischen Spiele vorzubereiten. Aus der Bewerbung wurde nach der Volksabstimmung und einer Mehrheit gegen die Bewerbung nichts, seither liegt die Fläche brach.

Nach Bekanntgabe des Wettbewerb-Siegers gab es große Unruhe in der Hafenwirtschaft. Es wurde vermutet, dass politische Beschlüsse auf „oberster Ebene“ hinter dem Wettbewerb und dem chinesischen Gewinn standen. Vier Jahre später schließt sich nun der Kreis, China, vertreten durch seine Staatsreederei Cosco, hat den ersten Fuß in die Tür deutscher Seehäfen gesetzt.

Nachklapp: Am 25.10.2021 gab es im Hafen von Piräus einen schweren Unfall, bei dem ein 45 Jahre alter Leiharbeiter ums Leben kam. Schuld an dem Unfall ist der mangelhafte Arbeitsschutz, ausschlaggebend für den schrecklichen Unfall sind auch die unmenschlichen Arbeitsbedingungen. Um einigermaßen auskömmliche Löhne zu erhalten, arbeiten die Leiharbeitnehmer in 12-Stunden Schichten, machen eine viel zu kurze Pause von weit weniger als 8 Stunden, bevor sie die nächste 12-Stunden-Schicht beginnen.

Auch in diesem tragischen Fall hat das ausbeuterische System den tödlichen Unfall verursacht. Cosco hat bedauernde Worte darüber verloren, fühlte sich aber nicht verantwortlich, die Familie des verunglückten Arbeiters zu versorgen, zu entschädigen – er war ja nicht ihr Beschäftigter!

Es kam zu spontanen Arbeitsniederlegungen und Forderungen, endlich für sichere Arbeitsbedingen zu sorgen. Nach mehreren Streiktagen, nachdem auch sämtliche Fähren zu und von den Inseln ihren Fahrbetrieb eingestellt hatten, gab es erste kleine Erfolge der Arbeitnehmer. Ob sie auch nachhaltig sind, bleibt abzuwarten – das System vergisst lästige Zugeständnisse gern und schnell.

(Doris)

Treffen mit der Grundschullehrerin Vassia: „Thatcher lässt grüßen“

Donnerstagnachmittag, 22.Oktober

Vassia haben wir bei allen unseren bisherigen Reisen getroffen. Sie hat seit Dezember ´19 eine kleine Tochter. Seit September diesen Jahres arbeitet sie wieder an einer Grundschule, zur Zeit in neun Klassen mit etwa 200 Kindern. Vorher war sie einige Jahre beurlaubt gewesen, um bei politischen Parteien mitzuarbeiten, erst bei Syriza, dann bei der LAE.

Letzte Woche Montag hatte es einen landesweiten Lehrer*innenstreik gegeben gegen das neue Evaluierungsgesetz. Die Beteiligung war enorm: landesweit etwa 75%, in einigen Bezirken Athens bis zu 95%.

Das neue Evaluierungsgesetz für die Schulen beschloss das Parlament im Juli, mitten in den Ferien. Es sieht vor, dass die Schulen nach einem am Jahresanfang aufgestellten pädagogischen Plan am Jahresende beurteilt werden. Wohlgemerkt, es geht nur um den Unterricht, nicht um die Ausstattung der Schulen, das Lernmaterial, den Zustand der Schulgebäude usw., also die Bedingungen, unter denen Unterricht stattfindet. Zeugnisse werden eine große Rolle dabei spielen. Zu diesem Zweck wird jetzt am Ende der Grundschule, d.h. der sechsten Klasse, eine Abschlussprüfung durchgeführt. Die Prüfung ist zentral, auch die Korrekturen werden zentral erfolgen.

Ziel der Evaluation ist die Erstellung eines Rankings. Dieses Ranking wird dann die Grundlage für die Finanzierung der Schulen bilden: Schulen auf den vorderen Plätzen werden in Zukunft mehr Mittel erhalten, die hinteren weniger. Die Schulen am Ende der Skala sollen sich um externe Sponsoren bemühen! Passend dazu wurde die wohnortbezogene Schulwahl abgeschafft, so dass Eltern ihre Kinder in anderen Stadtteilen anmelden können.

Eine solche Evaluation richtet sich eigentlich nicht gegen die Lehrkräfte, sondern gegen die Schulen und vor allem gegen die Kinder. Das Ganze ist eine Kopie des englischen Modells, das unter Margaret Thatcher eingeführt wurde.

2014 versuchte die konservative Samaras-Regierung schon einmal eine solche Evaluation einzuführen, scheiterte aber am geschlossenen Widerstand der Gewerkschaften. Damals gab es auch eine allgemeine Widerstandsstimmung und die Regierung stand kurz vor ihrer Ablösung durch SYRIZA. Aber auch unter Syriza gab es Evaluationspläne, die aber nicht mehr rechtzeitig in eine Gesetzesfassung gebracht werden konnten.

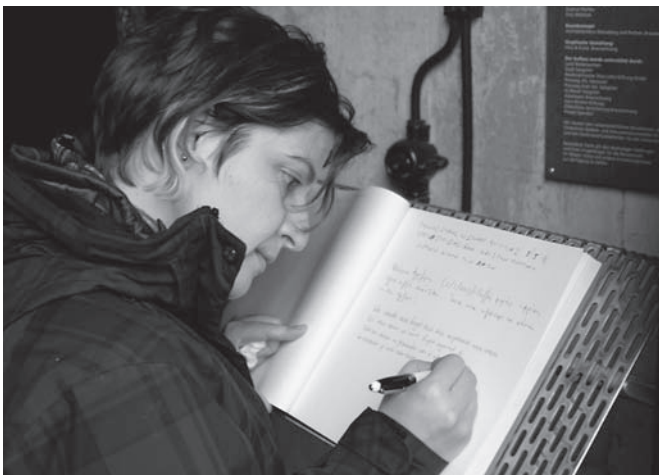
Im Moment evaluieren die Schulen noch selbst auf speziellen Evaluationskonferenzen. Im September wurden die vielerorts boykottiert, weshalb die Regierung diese Boykotte für illegal erklärte.

Die Grundschullehrergewerkschaft DOE bereitet jetzt als nächsten Kampfschritt einen Standardevaluationsbericht vor, den alle Konferenzen abgeben sollen. Die Schulleitungen können den nicht einfach ablehnen, weil sie die Zustimmung der Konferenz brauchen.

Der Widerstand ist zwar jetzt auch groß, aber das gesellschaftliche Klima ist anders. Es gibt keinen allgemeinen Widerstand mehr, die Gewerkschaftsbewegung insgesamt liegt am Boden, die Regierung ist aggressiv-reaktionär und findet Zustimmung. So ist zu befürchten, dass diesmal die Evaluation durchgesetzt wird.

Wie es mit der Wertschätzung der Bildung seitens der Regierung aussieht, mag folgende Statistik erhellen: a) Zwischen 2010 und 2016 wurden für jeden Polizisten, der aus dem Dienst ausschied, zwei Polizisten eingestellt. b) Zwischen 2010 und 2019 wurde für jeweils 77 Lehrer*innen, die aus dem Dienst ausschieden, eine neue Lehrkraft eingestellt.

(Manfred)



Vassia bei einem Besuch der IG Metall Salzgitter im Mai 2013. Sie trägt sich in das Gästebuch der Gedenkstätte Drütte ein. Die Gedenkstätte für die Zwangsarbeiter liegt auf dem Werksgelände des dortigen Stahlwerks, der ehemaligen Hermann-Göring-Werke.

„Breiter Widerstand ist heute notwendiger denn je!“

Mittwochnachmittag, 20. Oktober:

Ein Treffen mit der Athener Gruppe gegen Zwangsversteigerungen

Zwangsversteigerungen und neues Privat-Insolvenz Gesetz in Griechenland¹

Noch einen Kaffee vorm Hotel und mehrere von unserer Reisegruppe machen sich auf, um die Gruppe zu treffen. Zu Fuß gehen wir zu einer Brachfläche zwischen kleinen Häusern in den typischen Gässchen von Exarchia, ein bisschen Grün und reichlich Graffitis an dem bröckelnden Putz der Häuser. Ein hübsches Plätzchen, es gibt Tische und Stühle, fünf, sechs Leute der Initiative heißen uns mit der Frage: „Was möchtet ihr trinken?“, willkommen, gegenüber gibt's ein kleines Café.

Plötzlich geht mir eine Erinnerung durch den Kopf: In den 70er Jahren war ich in einer Initiative im Ruhrpott gegen die geplanten Abrisse der Zechenhäuschen aktiv, alle im Besitz der Bergbaubarone. Mit den Bergarbeiterfamilien saßen wir auch oft in deren Gärten und haben über weitere Aktionen gesprochen, auch gestritten. Mir fällt der alte Jupp ein, ehemals Hauer unter Tage, 75 Jahre alt, er hatte die Eigentümer der Zechenhäuser und die Funktionäre der IG Bergbau und Energie bewaffnet mit einer Mistgabel mit den Worten empfangen: „Mich kriegt Ihr hier nur als Leiche raus, verschwindet, aber zackig!“

Einige der Athener Mitglieder der Gruppe gegen die Zwangsversteigerungen kennen wir schon aus den Treffen und Gesprächen der vergangenen Jahre. Wir beginnen unseren Austausch mit einem Bericht über die Initiative Bürgerbegehren „Deutsche Wohnen und Co Enteignen“, den großen Erfolg der Unterschriftensammlung in Berlin. Wir berichten über das Instrument des Bürgerbegehrens und vor allem auch über Aktivierung, Schulung und Praxis der vielen hundert Unterschriftensammler*innen und deren Aktionen in den Berliner Stadtteilen und über die 59% der Berliner*innen, die für die Enteignung stimmten, aber auch darüber, dass nun bereits das Verzögern und Verschleppen des politischen Willens der Bevölkerung begonnen hat. Eine Strategie, die u.E. der Abschwächung des Widerstandes gegen Mietsteigerungen und Wohnungsspekulation dient und damit dem Schutz des ehren Gesetzes des Privateigentums und Profitstrebens, das im Kapitalismus heilig ist. In die Köpfe der Menschen soll einzementiert werden, dass es eine Illusion ist erfolgreich dagegen Widerstand zu leisten.

Genau dies aber kennen die griechischen Menschen sehr genau.

Worum geht es der Initiative STOP-AUCTIONS, die Teil der „European Action Coalition for the Right to Housing“ ist?

Die Bewegung gibt es seit 2013 als Reaktion auf die damalige Entwicklung der Finanzmärkte in Griechenland. Seit den 1990er Jahren wurden die Menschen mit einem Überangebot an Bankprodukten, Darlehen und Bankkarten bombardiert. Aufgrund des großen Angebotes an Darlehen zum Erwerb von Wohnraum zu relativ niedrigen Zinsen entschieden sich viele Haushalte mithilfe eines Kredits eine Wohnung zu kaufen. Dadurch verdoppelten und dreifachten sich die Immobilienpreise. Es war für Haushalte mit mittlerem oder niedrigem Einkommen praktisch kaum noch möglich aus eigenen Mitteln Wohnraum zu erwerben. Bis 2010 waren dennoch nur 5% sogenannte notleidende Kredite. Bis 2016 schoss dieser Anteil auf 46% hoch. Dies ist auch heute noch so. Manche der laufenden Kredite werden zwar geregelt, aber es kommen laufend neue hinzu.

¹ Zusammenfassung eines Treffens mit der Gruppe im Okt. 2021 in Athen und unter Verwendung des Interviews mit Tonia Katerini, Architektin der Gruppe Stop auctions Athen und der RosaLux Stiftung Athen



*Diskussion mit den Aktivist*innen der Athener Gruppe gegen Zwangsversteigerungen*

Die Kredite nicht abzahlen zu können ist eine Folge der von der EU diktierten Austeritätspolitik, der dadurch verursachten Arbeitslosigkeit und der für die Menschen folgenreichen Wirtschaftskrise.

Bis 2013 waren die von ihren Eigentümern bewohnten Wohnungen und das Gesamtvermögen von Bürgern, die mit weniger als 200.000 Euro verschuldet waren, durch einen Erlass des Wirtschafts- und Finanzministers geschützt. Es wurden dadurch die Kleinschuldner vor Zwangsvollstreckungsmaßnahmen bewahrt. 2013 wurde diese Regelung durch die mit der Aufsicht der Sparmaßnahmen Griechenlands betrauten Organe abgeschafft. Seit 2010 gab es ein neues Insolvenzgesetz (Katseligesetz). Darin gab es für Schuldner die Möglichkeit vor Gericht einen Schuldenschnitt zu erwirken, der die zu zahlenden Rückzahlungsraten so festsetzte, dass sie den finanziellen Möglichkeiten der Schuldner*innen entsprachen. Ihre Wohnungen wurden damit vor Zwangsvollstreckungsmaßnahmen geschützt, Tausende von Haushalten dagegen abgeschirmt.

In den Folgejahren wurde das Gesetz mehrfach geändert und 2020 endgültig abgeschafft. Ein neues Insolvenzgesetz trat in Kraft, das jeglichen Schutz der Schuldner*innen vor den Banken eliminierte, auch für die Eigentümer, die ihre Wohnungen selbst bewohnten.

Zwischen den Jahren 2014 bis 2017 fanden vor den Amtsgerichten Griechenlands durchschnittlich pro Woche 100 Zwangsversteigerungen statt. Dagegen mobilisierten die Aktivist*innen, indem sie sich vor den Gerichten versammelten und lautstark nicht nur die Gesamtproblematik politisierten, sondern auch den reibungslosen Ablauf der Vollstreckungsentscheidungen massiv störten, denn ein Verfahren, das so „unterbrochen“ wurde, durfte zunächst nicht weitergeführt werden. Dieser Widerstand der Gruppen, die gegen diese Zwangsmaßnahmen voringen, war deutlich, stark und effizient.

Dies konnten die griechischen Autoritäten nicht dulden. 2017 verfügten sie eine Gesetzesänderung, die die elektronische Zwangsversteigerung ermöglichte. Während des covidbe-

dingten Lockdowns wurden diese zunächst für einige Monate ausgesetzt, allerdings ab dem 1. Juni 2020 im großen Stil wieder aufgenommen. Nun ist es so, dass wöchentlich über 600 Zwangsversteigerungen stattfinden, von denen 10 bis 15% Wohnungen betreffen, in denen die Eigentümer wohnen.

Die Regierung unter Mitsotakis führte zu Beginn des zweiten Lockdowns im Herbst 2020 wiederum ein neues Insolvenzrecht ein. Die Folgen davon sind gravierend:

- Die Banken können jeden Menschen, der mehr als 30.000 Euro schuldet und die verlangten Raten nicht zahlen kann, in die Insolvenz treiben. Im Insolvenzverfahren wird sein/ihr ganzes Vermögen liquidiert. Das betrifft die Wohnung, die bewohnt wird, wie auch die beweglichen Vermögensgegenstände, außer denen, die absolut überlebensnotwendig sind.

- Zudem ist der Mensch nicht mehr sozialversichert, denn die Entscheidung, statt Raten an die Banken Versicherungsbeiträge zu zahlen, wird als Arglist bewertet.

- Die Abbezahlung von Schulden an die Banken hat allgemeinen Vorrang gegenüber allen anderen Schulden.

Das Gesetz sieht eine außergerichtliche Regelung vor, allerdings nur unter haarsträubenden Voraussetzungen: Der Insolvenzverwalter, derjenige, der den Regelungsvorschlag ausgestalten soll, muss eine von der Bank akzeptierte Person sein. Während seine Vorschläge für den Schuldner verbindlich sind, ist die Bank hingegen nicht verpflichtet diese anzunehmen.

Falls es dennoch zu einer Übereinkunft kommt, wird der Schuldner von nun an an der Armutsgrenze leben: Jegliches Einkommen, das der/die Schuldner*in hat, wird zur Bedienung seiner/ihrer Schulden eingezogen. Und er/sie wird die Erniedrigung erleben, dass der Insolvenzverwalter Zugang zu seinen persönlichen Daten und seiner gesamten elektronischen Korrespondenz erhält!

Die Methoden, mit denen die Banken den Schuldnern so viel wie möglich abnehmen können, werden in insgesamt 200 Paragraphen erläutert. Nur in den letzten vier Paragraphen ist von der Bemühung des Staates die Rede, Schuldner, die in extremer Armut leben, vor Räumungen „zu retten“, indem er ihnen ihre Darlehen abkauft und ihnen die Möglichkeit gewährt, für zwölf Jahre gegen eine etwas niedrigere als zur aktuell marktüblichen Miete in ihrer „verlorenen“ Wohnung zu bleiben. Nach diesen zwölf Jahren können sie dann, wenn sie wollen, „ihre“ Wohnung kaufen: zum laufenden aktuellen Marktpreis!

Zum vierten Mal werden so öffentliche Mittel zur indirekten Rekapitalisierung der Banken verwendet. Statt einen Fonds zu bilden, der überschuldete Haushalte unterstützt, werden die Banken von notleidenden Krediten entlastet.

Die rechtlichen Mittel, die überschuldeten Haushalten zur Verfügung stehen, sind äußerst beschränkt. Nach Prognosen der Gruppe gegen Zwangsversteigerungen werden in den kommenden Jahren tausende Kreditnehmer*innen ihre Wohnungen verlieren.

Griechenland kennt keinen sozialen Wohnungsbau, die Wohnungskrise wird sich gravierend verschärfen: Die Investitionen in den sozialen Wohnungsbau betragen seit 2011 null Prozent des Bruttoinlandproduktes mit insbesondere in touristischen Gebieten stark steigenden Mieten und mit dem höchsten europäischen Anteil der Wohnkosten im Verhältnis zum Durchschnittslohn.

(Ingrid)

Treffen mit Vertretern der angeklagten Demonstrant*innen für den hungerstreikenden Gefangenen Koufontinas

Mittwochabend, 20. Oktober



Die Dachterrasse des Horel Exarchion war der beliebte Treffpunkt für zahlreiche Diskussionen

Wir trafen uns mit Nikos und Jannis, zwei jungen Studenten, die zu den über zweihundert Menschen gehören, die wegen Solidaritätsaktionen mit dem hungerstreikenden Koufontinas mit heftigen Geldbußen belegt und zum Teil auch angeklagt wurden.

Wer ist Koufontinas?

Dimitris Koufontinas war Mitglied der Untergrundgruppe „17. November“. Der Name bezieht sich auf den 17. November 1973. Damals hatte es in und vor der polytechnischen Universität eine Reihe von Versammlungen gegen die Militärdiktatur gegeben, die sich zu einem Aufstand entwickelten. In der Nacht des 17. November ließ die Militärjunta die Universität mit Militär unter Panzereinsatz stürmen. Es gab etwa 20 Tote und Hunderte von Verletzten. Nach dem Sturz der Junta 1974 benannte sich eine Untergrundorganisation nach diesem Datum und beging in der Folgezeit Anschläge gegen Folterknechte der Junta, hochrangige Politiker und Militärs, als erstes gegen den Chef des US-Geheimdienstes CIA in Griechenland. Der „17. November“ war in seinen Anfangsjahren in Griechenland relativ populär. 2002 flog er nach einem missglückten Bombenanschlag auf. Dimitris Koufontinas konnte entkommen, stellte sich jedoch kurze Zeit später den Behörden und wurde 2004 zu elf Mal lebenslänglich zuzüglich 25 Jahren Haft verurteilt.

Koufontinas genießt nicht nur bei Linken und AnarchistInnen Respekt und Anerkennung, weil er sich damals gestellt und Verantwortung übernommen, aber niemand verraten hat.

Hungerstreik und Solidarität

Koufountinas war 2018 aus einem unterirdischen Hochsicherheitsgefängnis in ein humaneres landwirtschaftliches Gefängnis verlegt worden. Rein rechtlich hätte ihm dies eigentlich schon seit 2010 zugestanden. Außerdem hatte er ein paar Mal Hafturlaub erhalten, der ihm auch zustand. Die 2019 neu gewählte konservative Regierung hatte aber schon vor der Wahl angekündigt, das rückgängig zu machen. Es wurde deshalb ein speziell auf Koufountinas abzielendes Gesetz erlassen, nach dem er in den Hochsicherheitstrakt des Athener Gefängnisses hätte verlegt werden müssen. Stattdessen wurde er in einer Nacht- und Nebelaktion in einen von Athen weit entfernten Knast verschleppt. Die Regierung brach also ihr eigenes Gesetz und belog darüber die Öffentlichkeit. Koufountinas trat aus Protest gegen dieses Vorgehen im Januar dieses Jahres in den Hungerstreik.

Weil die Regierung schon kurz nach Beginn des Hungerstreiks klar machte, dass sie eher Koufountinas sterben lassen würde, als ihren eigenen Rechtsbruch rückgängig zu machen, entstand schnell eine breite Solidaritätsbewegung. Allerdings griff die Polizei die ersten Demonstrationen noch brutal an und zerschlug sie schon vor dem Losgehen. Im Laufe der Zeit wurden die Teilnehmerzahlen aber immer größer, so dass es nicht mehr möglich war, die Demos aufzulösen. Bei kleineren Soliaktionen zur Unterstützung politischer Gefangener heißt es natürlich sofort: Terroristensympathisanten! Bei sehr vielen UnterstützerInnen, u. a. vielen JuristInnen und Persönlichkeiten aus dem bürgerlichen Lager, wird's natürlich schwieriger.

Einen Monat lang gab es zum Teil täglich Demos, manchmal bis zu 10 000 TeilnehmerInnen. Die Solidaritätsbewegung war recht groß, aus vielen Ländern trafen Solierklärungen ein. In Berlin wurde für einige Stunden die griechische Botschaft besetzt. Das hatte es in dieser Form zu so einem Anlass noch nicht gegeben.

In diesem Zusammenhang bzw. um der brutalen Repression etwas entgegen zu setzen, entwickelten sich auch andere politische Proteste. So wurde von der Polizei in einem Athener Stadtteil jemand wegen angeblichen Verstoßes gegen die Coronaauflagen zusammengeschlagen – das Video ging sofort ins Netz –, woraufhin es dort eine Demo mit 15.000 bis 20.000 TeilnehmerInnen gab.

Frage: Wie konnte es zu so einer Bewegung kommen?

Der Druck seitens des Staates wurde mit dem Lockdown noch stärker, überall war Polizei. Seit der Regierungsübernahme der ND hatte es schon ein aufgeladenes Repressionsklima gegeben, was sich dann im Herbst 2020 noch verschärfte: So wurden Demos zu den Jahrestagen 17. November und 6. Dezember (an diesem Tag war 2008 der 15-jährige Alexandros Grigoropoulos von der Polizei erschossen worden) übel zusammen geschlagen, teilweise bevor sie überhaupt loslaufen konnten.

Bei den Demonstrationen für Koufountinas wurden über 200 TeilnehmerInnen festgenommen. Es wurden Bußgelder von insgesamt etwa 90000€ verhängt. Begründung: Verstoß gegen Corona-Auflagen. Die eingelegten Einsprüche wurden sofort zurückgewiesen, jetzt geht es vor den Staatsgerichtshof. Vermutlich werden die Einsprüche auch dort keinen Erfolg haben. Die Gerichte urteilen politisch. (Z.B. wurde der LehrerInnenstreik in der letzten Woche auch für illegal erklärt.)

Die Versammlung zur Unterstützung der politischen Gefangenen trifft sich weiterhin. Im Moment sind vorrangiges Thema die verhängten Bußgelder.

Seit 2000 gibt es „Antiterrorgesetze“, mit denen man alles kriminalisieren kann. Diese Gesetze wurden in den letzten Jahren weiter verschärft. Das betrifft auch die sozialen Medien. Z.B. löschte Facebook alle Einträge zu Koufountinas und deaktivierte auch gesamte Facebook-Konten.

Koufountinas brach übrigens den Hungerstreik am 14. März ab. Die Solidaritätsbewegung hatte ihn um den Abbruch gebeten, da er lebendiger wichtiger sei als tot. Dieser ging auf die

Bitte ein mit der Begründung, dass die – u. a. aufgrund seines Hungerstreiks – entstandenen Massenbewegungen langfristig wichtiger seien als die Verletzung seiner individuellen Rechte.

Wir übergaben für den Fonds zur Bezahlung der Bußgelder 500 €.

Zum weiteren Nachlesen: [Solidarität mit Dimitris Koufontinas im Hungerstreik im griechischen Gefängnis mit zahlreichen Aktionen in vielen Ländern](#) » LabourNet Germany

(Manfred, Achim)

Flüchtlinge, Pushbacks und die Kriminalisierung von Geflüchteten und Unterstützer*innen

Montag, 18.10.

Unser Gesprächspartner Achim ist deutscher Anwalt in Athen und im Netzwerk DIKTYO aktiv.

Die konservative ND ging 2019 in die Wahl mit dem Schwerpunkt Flüchtlinge: Nicht mehr so viele! Vor Syriza 2015 gab's schon Pushbacks und andere Schikanen. Unter Syriza (2015 bis 2019) erfolgte eine Änderung: Im März 2015 erfolgte die Anweisung an die Küstenwache: Stop mit Pushbacks! Darauf setzte der Strom ein: Ca. eine Million Geflüchtete kamen über Griechenland in die EU. Ende 2015 wurde die Grenze wieder dicht gemacht. Nur noch Geflüchtete aus Afghanistan, Irak und Syrien wurden akzeptiert. Dann kam der berüchtigte EU-Türkei-Deal im März 2016. Die ersten Rückschiebungen unter Syriza erfolgten 2017/18 an der Evros-Grenze (Evros: Grenzfluss zur Türkei).

Regierungspolitik der ND seit 2019

Vor der Wahl hatte sie schon angekündigt, dass sie alle besetzten Häuser mit Geflüchteten (Squats) räumen würde, von denen es in Athen eine ganze Reihe gab. Deshalb machte das City Plaza Hotel im Mai 2019 auch dicht, um die Geflüchteten nicht zu gefährden.



Vor dem Hotel City Plaza im September 2016: Hunderte Flüchtlinge waren über Jahre hier untergebracht. Nach Antritt der ND-Regierung räumten es die Besetzer, um die Geflüchteten nicht der Gefahr einer polizeilichen Räumung und Strafverfolgung auszusetzen.

Nach der Wahl machte die ND ihre Drohung wahr und ließ die Squats unter jeweils großem Polizeiaufgebot räumen, weshalb es auch keinen Widerstand gab. (Syriza hatte auch schon im Mai 2019 zwei Häuser räumen lassen.) Es war eine Kampagne für „Sicherheit und Ordnung“. Jedes Vorkommnis mit Geflüchteten wurde groß ausgeschlachtet, um die entsprechende Stimmung zu erzeugen. Teilweise hatte die Geflüchteten schon seit Jahren hier gelebt, die Kinder waren in der Schule, es gab soziale Kontakte usw. Alles weg, sie wurden weit weg von Athen in Lager gepfercht.

An der Evros-Grenze wurden Stacheldrahtabsperungen errichtet. Die Leute wurden abgefangen, in Lager gesperrt, dann auf Boote gesetzt und mit der passenden Strömung zurück in die Türkei „gepusht“. Auf dem Meer wurden die Menschen auf ihren Booten abgefangen, auf Flöße gesetzt und in eine bestimmte Strömung ausgesetzt, die sie aufs türkische Festland zurücktrieb.

Griechenland setzte praktisch 2020 die Genfer Konvention außer Kraft, indem es erklärte, keine Flüchtlinge aufzunehmen. Ein klarer Bruch des Völkerrechts. Von der Leyen, EU-Kommissionspräsidentin, erklärte damals sofort: Ihr seid der Schutzschild Europas!

NGOs schätzen, dass von und vor den griechischen Inseln 2020 ca. 10.000 Menschen zurückgeschoben wurden. Im Vergleich: 3.000 Asylanträge wurden genehmigt. Aber die offizielle Linie lautet: Pushbacks gibt es nicht, alles türkische Propaganda. Syriza macht gelegentliche Anfragen dazu im Parlament, ist aber insgesamt sehr zurückhaltend bei dem Thema, da man damit keine Stimmen gewinnen kann.

Die Küstenwache wurde aufgerüstet, bekam neues Personal. Beobachtermissionen wurden stark eingeschränkt und behindert. Dazu kommt, dass die Türkei die Genfer Konvention nur für europäische Flüchtlinge ratifiziert hat.

Schon unter Syriza waren die unabhängigen Asylwiderspruchsausschüsse aufgelöst und mit (ehemaligen und aktiven) Richtern besetzt wurden. Richter sind hier traditionell rechts.

Griechenland hat 50% aller Geflüchteten aus Syrien, Palästina, Somalia, Afghanistan Asyl gewährt. Das bedeutet aber: Sie bekommen hier gar nichts mehr, keinerlei Unterstützung. Also versuchen alle weiter zu kommen. Deutschland darf sie nach einem Beschluss des europäischen Gerichtshofs deswegen nicht zurückschicken.

Die fünf der Türkei gegenüber liegenden Inseln haben Erstaufnahmeeinrichtungen. Die ohne Asylchance kommen in ein befestigtes Lager (also praktisch in ein Gefängnis), die anderen landen in einem „offenen“ Camp (d.h. z.T. unter freiem Himmel). Es ist jetzt geplant, dass alle in geschlossene Lager kommen. Auf dem Festland sind die Lager halboffen: Niemand darf von außen rein, die Insassen dürfen raus. Soll jetzt auch geändert werden.

Wenn das Asyl anerkannt wird, darf man noch maximal drei Monate im Lager bleiben, dann muss man raus und hat keine Unterstützung mehr.

Ein spezielles Kapitel:

Die Strafen für sogenannte „Schleuser“ und „Schmuggler“ von Geflüchteten.

Für die „einfache Hilfe“ von Geflüchteten bekommt man fünf Jahre pro Geflüchtetem, wenn man Geld bekommen hat, zehn Jahre. Das trifft z.B. jemand, der das Boot von der türkischen Küste zur griechischen Insel gesteuert hat. Es werden also vorwiegend Geflüchtete selbst bestraft. Die Strafverfahren dauern im Schnitt 20 Minuten. Mit 30 Leuten im Boot bekommt man also 150 Jahre, die auf 25 Jahre (lebenslänglich) gedeckelt werden. Diese Häftlinge stellen mittlerweile die drittgrößte Häftlingsgruppe. Mit guter Führung und wenn man im Gefängnis arbeitet, kommt man frühestens nach sieben Jahren raus.

(Manfred)

Hier der konkrete Bericht eines Falls:

[21-10 borderline-eu, Das wahre Verbrechen ist das Grenzregime - Gerechtigkeit für N. & Hasan.pdf](#)



*Waldbrände und Überflutungen haben große Teile der Insel Euböa zerstört und vielen Bewohner*innen die Existenzgrundlage genommen*

Die Waldbrände um Athen und auf der Insel Euböa

Samstag 23. Oktober: Fahrt nach Euböa

Die Reise von Athen nach Euböa dauerte etwa zwei Stunden. Es ist eine Wohltat nach fast einer Woche Athen wieder Landschaften zu sehen. Zum Teil ist es wieder grün. Aber je näher wir unserem Ziel kommen, um so mehr ragen verkohlte Baumstämme in den Himmel.

Im August dieses Jahres gab es hier verheerende Waldbrände. Bei Temperaturen von dauerhaft um die 40 Grad fehlt nicht viel um trockenes Holz in den Wäldern zu entzünden. Es fehlte aber an nötigen Vorsorgemaßnahmen wie Waldbrandschneisen und ausreichenden Brandschutzmaßnahmen. Die Ausrüstung der Feuerwehr war den Sparmaßnahmen zum Opfer gefallen.

Die außergewöhnliche Hitze hat auch in Griechenland das Thema Erderwärmung und Klimawandel belebt.

Der Verein Diktyo, der uns inzwischen gut bekannt ist, hatte im August ein Hilfscamp in Euböa organisiert, um die Menschen dort im Kampf gegen die Katastrophe zu unterstützen. Ein Glücksfall für uns. So hatten wir die Gelegenheit mit Dorfbewohnern, die sich in einem Komitee zusammen geschlossen haben, zu sprechen. Der Empfang im Dorf war herzlich. Auf dem Hof eines Dorfbewohners treffen wir weitere Mitglieder des Komitees. Sie waren gerade dabei die Glut eines Grillfeuers zu entfachen. So ahnten wir schon, was uns erwartete: kein trockenes Gespräch, sondern ein unterhaltsamer Nachmittag mit gutem Essen.

Bei den Gesprächen wurde betont, dass es sich bei den jüngsten Waldbränden um die größte Umweltkatastrophe handelte, an die sie sich erinnern konnten. Es ist v.a. auch eine wirtschaftliche Katastrophe für die Menschen, die auf die „Waldwirtschaft“ angewiesen sind.

Es sind vor allem Imker und andere Menschen, die vom Ertrag der Wälder leben wie z.B. die Harzsammler. Das Harz dient neben der industriellen Nutzung auch dem Haltbarmachen von Retsina. (Im Norden Euböas, Griechenlands zweitgrößter Insel, werden 80 Prozent des im Land produzierten und etwa 70 Prozent des Kiefernharzes gewonnen.)

Das Dorfkomitee wurde gegründet, um die Interessen der von den Bränden geschädigten Menschen durchzusetzen. Die Mitglieder hatten sich aber schon vorher bei der Bekämpfung der Brände zusammengefunden. Viele Dorfbewohner widersetzten sich den Evakuierungsaufforderungen der Regierung und retteten viele ihrer Häuser mit eigenen Kräften.

Der griechische Staat hatte sich ausschließlich auf die Evakuierung der Menschen in diesem Gebiet konzentriert. (Das Trauma der Waldbrände 2018 war noch gut in der Erinnerung. Damals waren über 100 Menschen in den Flammen umgekommen, ein Desaster, das dazu beitrug, dass die damalige Syriza-Regierung die Wiederwahl verlor. Das wollte die ND Regierung unbedingt vermeiden.) Es durfte keine Toten geben. Über die Evakuierung

hinaus ließ man die Wälder einschließlich der Dörfer einfach abbrennen. Es gab keine Löschfahrzeuge im Einsatz, keine Löschflugzeuge, keine Hubschrauber, eine unerklärliche Passivität der Feuerwehr statt energischer Brandbekämpfung. So hat das Feuerinferno tagelang in ganz Nordeuböa wüten können.

Das Komitee arbeitet, wie so oft in Griechenland, ohne Hierarchie. Es gibt nur horizontale Entscheidungsstrukturen. Die Aufgabe, die sich die Mitglieder als erstes gestellt haben, war Ursachenforschung. Zunächst: Was waren die Gründe dafür, dass die Brände zehn Tage nicht zu löschen waren? Wer will den Nutzen daraus ziehen?

Nach den Bränden musste zunächst einmal aufgeräumt werden. Zusammen mit freiwilligen Helfern wurden mit den verkohlten Baumstämmen horizontale Sperren errichtet. Denn im Oktober gab es starke Regenfälle und die Fluten drohten das Erdreich wegzuspülen. Die Bäche waren zu Fluten geworden, die ganze Häuser wegrissen und sogar einen Teil der Strände wegspülten.

Die nächsten Fragen waren, wie und was entschädigt wird: die Häuser, die Traktoren, der Wald und die Olivenbäume? Es gab keine Registrierung. Oft werden die landwirtschaftlichen Schäden gar nicht als entschädigungsberechtigt angesehen, da es sich in den meisten Fällen um Nebenerwerbsbauern handelte.

Die Richtlinie ist, dass bei der Bemessung eines Schadens 80 % des Wertes von 2015 zu Grunde gelegt wird. Noch ist unklar, ob es sich um eine Hilfe oder um einen Kredit in dieser Höhe handeln wird. Es wird eine objektive Begutachtung gefordert, denn der Ausschuss, der die Schadensschätzungen vornahm, gilt als unzuverlässig. Für viele Häuser, die zunächst als Totschaden eingestuft waren, wurde diese Beurteilung wieder zurückgenommen. Es gibt keine Informationen, weder vom Staat noch vom Bürgermeister.

So sieht das Komitee seine Aufgabe darin Informationen zu sammeln und sich selbst Klarheit zu schaffen und danach die Bevölkerung aufzuklären. Auch darüber, was die staatli-



Treffen mit einem Dorfkomitee im Norden der Insel Euböa

chen Pläne für den Wiederaufbau sind. Vor kurzem hat das Komitee eine Informationsveranstaltung im Dorf durchgeführt und ein Infoblatt herausgegeben.

Die Regierung hat die Planung zur Wiederherstellung der Infrastruktur einem privaten Unternehmen übertragen. Große Konzerne haben jetzt „ihre Hilfe beim Wiederaufbau“ angeboten. Darunter so illustre Firmen wie eine Tochter des Energieriesen Total, die in regenerative Energien wie Windkraft investiert. Es wäre nicht das erste Mal, dass verbrannte Flächen als geeigneter Platz für die Errichtung von Windkraftträdern angesehen werden. Die Claims für die Gebiete werden bereits abgesteckt.

Aber die bisherigen Waldnutzer wehren sich und wollen die Waldwirtschaft erhalten. Sie fordern die Wiederaufforstung mit geeigneten Fachkräften. Der Wald braucht 25 Jahre um sich zu regenerieren. Und er muss gepflegt werden.

Eine Waldbehörde, die eine solche Aufgabe gehabt hätte, ist von der jetzigen Regierung aufgelöst worden. In einem Programm der Vorgängerregierung unter Syriza wurden 5000 Waldarbeiter_innen eingestellt. Das Programm wurde aber nicht weitergeführt.

Die Forderung des Komitees ist, dass der Staat der Genossenschaft die nötigen Mittel zur Verfügung stellen soll, um den Wald wieder aufzuforsten. Darüber hinaus wird die Ausbildung der Waldarbeiter zur Brandbekämpfung gefordert.

Sein Ziel ist, dass die Bürger ihre Geschicke in die eigenen Hände nehmen und die Kontrolle über das Territorium, in dem sie leben, behalten. Das bedeutet auch den Ausverkauf des Landes an so genannte Investoren abzulehnen.

Wir übergaben dem Komitee 500 Euro aus unserer Solidaritätskasse.

(Hans)

Der Kampf der griechischen Umweltbewegung gegen die Regierungpläne

Diskussion auf der Grundlage des Artikels „Zu viel des Guten...“

Warten auf Evrydiki: Wir hatten uns auf das Treffen mit der Journalistin Evrydiki Bersi gefreut. Sie ist eine langjährige Partnerin unseres Austausches und engagiert auch in den Fragen des Umweltschutzes. Sie hatte vor kurzem mehrere Artikel zum Thema Windkraft in Griechenland veröffentlicht, die Grundlage unseres Gespräch sein sollten.

(<https://griechenlandsoli.com/2021/10/30/zu-viel-des-guten-windkraft-und-der-kampf-um-griechenlands-wildes-herz/>)

Wir warteten über eine Stunde auf sie, bis wir feststellten, dass wir mit ihr eine andere Uhrzeit ausgemacht hatten.

Es gibt einen sehr harten Konflikt um die Windkraftanlagen in Griechenland. Dabei geht es nicht grundsätzlich darum gegen die Nutzung der Windenergie zu sein. Es gibt einige Beispiele, wo Windenergie für die lokalen Bedarfe als durchaus sinnvoll und als umweltfreundliche Energiequelle angesehen wird. Allerdings stößt die Planung des Landes bzw. der Regierung, faktisch überall Windräder hinzustellen ohne Rücksicht auf Naturschutzgebiete, Vogelfluglinien und Bedürfnisse der lokalen Bevölkerung, auf heftigen Widerstand.

Die Bandbreite des Widerstandes geht von völlig verrückten Argumenten wie Leugnung des Klimawandels über: Regenerative Energie sei völlig unwichtig, bis zu Perspektiven auf wissenschaftlicher Grundlage.

In einer Untersuchung hat die Professorin Vassiliki Kati von der Universität Ioanina festgestellt, dass ca 40% des Landes für die Errichtung von Windparks zur Verfügung stehen würden. Das wäre völlig ausreichend um den Energiebedarf von ganz Griechenland zu



Im Vordergrund: Evrydiki (links) und Ingrid (rechts)

decken. Neben der Windkraft sollen auch Solarfelder ausgebaut werden. Hier gibt es vor allem Widerstand von Seiten der Landwirtschaft.

Negative Erfahrungen gibt es bereits dort, wo große Windparks im Bereich der Vogelfluglinien aufgebaut wurden. Die massiven, aber auch rücksichtslosen Ausbaupläne für Windkraft gehen zurück auf Vorschläge von Manfred Weber (CSU, Fraktionsvorsitzender der Europäischen Volkspartei im Europäischen Parlament) und entstammen den Programmen der CSU. Danach solle Griechenland zur „Batterie Europas“ werden. Die Pläne lassen völlig außer Acht, dass die Naturschutzgebiete, die sie zerstören (würden) wahre Paradiese der Artenvielfalt sind.

Offshore Windparks, wie etwa in Deutschland, sind keine Alternative, weil das Meer um Griechenland viel zu tief ist. Die Diskussion um Wasserstoff als Speicher und als Energiequelle, z.B. für die deutsche Stahlindustrie lässt außer Acht dass dafür die fünffache Menge an regenerativer Energie aufgewendet werden muss. Wasserstoff ist der Champagner der grünen Energie.

Alternativ kommen als Speicher Pumpspeicherwerke in Betracht.

Akzeptanz haben in Griechenland Community-basierte Windkraftanlagen. Beispiel dafür ist Hylos: Die Windräder decken den Energiebedarf der ganzen Insel. Um die industrielle Basis eines Landes zu sichern, ist industriell erzeugte Windkraft notwendig. Kleine Inselösungen reichen dafür nicht aus. Am Beispiel Griechenlands wurde auch die Frage aufgeworfen: Wie nachhaltig sind die gebauten Windkraftanlagen? Viele Windräder sind bereits zerbrochen und liegen als Schrott in der Landschaft. Hierzu fehlen die gesetzlichen Vorschriften.

Die Lösung liegt in der Reduzierung des Energieverbrauchs. Ein großes Problem in Griechenland ist der Gebäudesektor. Im Bau und im Bestand der Gebäude wird nach wie vor viel zu viel Energie verschleudert.

Die Debatten um die Klimakrise wird in Griechenland meistens als Luxusproblem betrachtet das von der sozialen Krise völlig überlagert wird. Demos von Fridays for Future gibt es zwar, sie haben aber längst nicht die Größe wie die, die bei uns vor der Coronakrise stattfanden.

(Hans)

Widerstand gegen giftige Müllverbrennung

Volos, 24. und 25. Oktober

„Die Menschen kämpfen für die Qualität der Luft, für das öffentliche Eigentum an Wasser, aber auch für eine transparente, demokratische Verwaltung“

Volos ist eine griechische Hafenstadt an der Ägäis. Die eigentliche Stadt hat 86.000 Einwohner und zählt damit zu den größten in Griechenland. In der Region mit den Dörfern, die inzwischen eingemeindet wurden, leben ca. 145.000 Menschen. Die Stadt wurde 1955 während eines Erdbebens fast völlig zerstört, so dass der Stadtkern ohne historische Gebäude ist.

In einem „Steki“ (griechisch für Treffpunkt), einem selbstverwalteten kommunalen Zentrum, treffen wir einen Vertreter der Initiative gegen die Müllverbrennung. Die Anlage wird vom Zementhersteller Lafarge als Energielieferant genutzt. Seit der Inbetriebnahme im Jahr 2010 gab es Proteste gegen die Anlage. 2018 wurde festgestellt, dass sogar Giftmüll hier verbrannt wurde. Der Müll wurde aus Italien hierher importiert. Für das Unternehmen ist der Müll ein billiger Brennstoff, der das teure Erdöl ersetzt. Biologische Untersuchungen haben ergeben, dass die Krebsrate in Volos drei Mal höher ist als im Landesdurchschnitt.

Die Behörden verweisen auf die Messstationen, wonach die Grenzwerte eingehalten werden. Allerdings läuft die Anlage ja nicht immer und die Angaben sind Mittelwerte, die betriebsfreie Zeiten mit einrechnen. Außerdem werden durch die geografische Lage am Meer die Emissionen auch weggeweht. „Verschmutzung hat es nicht gegeben“, ist die offizielle Aussage.

Es waren Umweltaktivist*innen, die in den letzten Jahren drei große Demonstrationen organisiert haben. 3.000 Leute waren vor dem Firmengelände. Aus Athen und Thessaloniki wurden 500 Polizist*innen zusammengezogen. Es gab massive Gewalt und Misshandlungen auf den Polizeistationen. Dass es ein Todesopfer gegeben hat, hat die Bewegung schwer geschockt. Insgesamt sind 14 Gerichtsverfahren anhängig. Die meisten Beschuldigten wurden anhand von Fotos und Videoaufnahmen angeklagt. Auch der Demonstrant, der an den Folgen der Misshandlungen der Polizei gestorben ist, war angeklagt. Am 13. Juli dieses Jahres gab es eine weitere große Demonstration. Die Proteste gehen also weiter.

Zunächst gab es vor allem die Forderung nach Abgasreinigung. Nachdem diese überhaupt keinen Erfolg hatte, stehen mehrheitlich die Forderungen: „Lafarge soll verschwinden“, „close the factory!“, im Vordergrund.

Der aktuelle Bürgermeister Achileos Beos gilt als Mafioso mit zahlreichen dubiosen Verbindungen ins Rotlicht- und Kriminellenmilieu. Er möchte jetzt eine neue Mülltrennanlage bauen, um das Zementwerk noch besser versorgen zu können. Es wird behauptet, dass nur „RDF“ (Refuse Derived Fuel) eingesetzt werde, es wird aber auch der Restmüll verbrannt (RDF ist die internationale Bezeichnung für Abfallfraktionen mit hohem Heizwert).

Nach EU-Vorgaben müssen acht Parameter für die Messung herangezogen werden. Das scheint aber niemanden zu interessieren. Gewerkschaften haben sich an den Demonstrationen ebenfalls beteiligt, auch Eltern und Kinder waren dabei. Die Gesundheit ist ihnen wichtiger als die 300 Arbeitsplätze, die das Zementwerk hier bietet.

„Der Kampf um's griechische Wasser“

Am nächsten Morgen fuhren wir mit Anna, einer Umweltaktivistin, in das Dorf Stagiates im Piliongebirge. Eine schmale Straße windet sich hinauf ins Dorf. Von hier hat man eine wunderbare Sicht über die Bucht, in der Volos liegt.

Auf dem Weg sind uns bereits die vielen schwarzen Fahnen aufgefallen. Sie sind Ausdruck des Protestes gegen die Eingemeindung der Dörfer und den Verlust ihrer Autonomie.

Wir treffen Vangelis Galiopoulos in seinem 300 Jahre alten Wohnhaus mit Garten. Er berichtet über den Widerstand der Dörfer gegen die Eingemeindung und die Befürchtung, die Wasserressourcen könnten an Nestlé verkauft werden.

Der Kampf um das Wasser in der Region ist nicht neu:

Bereits in den 90er Jahren gab es heftige Proteste, als die Stadt dem Coca Cola-Konzern die Genehmigung zum Betrieb einer Abfüllanlage, sowohl für Erfrischungsgetränke als auch zum Abfüllen von Trinkwasser in Flaschen, gegeben hatte. Es ging um 6.000 Kubikmeter Wasser am Tag, das in Flaschen abgefüllt und verkauft wurde. Das Wasser wurde knapp für Volos und Coca Cola. Deshalb wollten sie sich die Quelle von Lagonikas unter den Nagel reißen. Das führte zu einer zweijährigen Auseinandersetzung mit den staatlichen Autoritäten. Am Ende wurden mehrere Hundertschaften der MAT-Sondereinsatzkommandos der Polizei geschickt, um die Quelle zu erobern. Der Plan, Wasser für Volos und Coca Cola zu beschlagnahmen, musste schließlich wegen des heftigen Widerstandes, der Unterstützung aus dem ganzen Land erhielt, aufgegeben werden.

2010, als die Zeit der Spardiktate begann, standen auch die natürlichen Ressourcen zum Verkauf, unter anderem auch das Trinkwasser.

Die Stadtregierung versuchte, die Kontrolle über das Wasser durch Eingemeindung zu bekommen, um den Gemeinden den Zugriff auf die Quellen zu entziehen. Darüber hinaus begann sie, das saubere Quellwasser mit Chlor zu verunreinigen, um es „trinkbar“ zu machen. *„Reines Quellwasser, über das wir schon immer verfügen, das durch unsere Dörfer fließt und noch nie gechlort wurde... Wenn ich frisches Quellwasser aus der Leitung trinke und mich daran erfreue, ist das etwas anderes als mit Chlor verunreinigtes Wasser zu trinken, wovor ich mich ekle. Dann trinke ich es nicht mehr, sondern kaufe abgefülltes Wasser in Plastikflaschen...“*, so Vangelis. Die Anlagen zum Chloren des Wassers werden ständig sabotiert.

Doch der Bürgermeister von Vólos, Achiléas Béos, wir erinnern uns, ein mafioser Typ, Nachtclub- und Ex-Fußballclubbesitzer, lässt die Chloranlagen sofort erneuern.

Dieser Bürgermeister hat auch die zwei Kulturzentren in den Dörfern schließen lassen, die auch der Wasserbewegung als Versammlungsort dienen.

Im Laufe des Gespräches kommt noch Stelios hinzu, ein weiterer Aktivist, und wir reden auch noch über einen weiteren „hot spot“, der die Menschen in Volos und Umgebung beunruhigt. Das ist der Plan, ein Flüssiggasterminal im Hafen zu errichten. Der Hafen von Volos bietet günstige Bedingungen, weil die Gewässer drum herum sehr tief sind und die Einfahrt von großen Schiffen ermöglichen. Es wird befürchtet, dass die geplanten Anlagen nahe an der Stadt eine große Katastrophe anrichten, wenn sie explodieren. Deshalb dürfe die Anlage keinesfalls derart nahe an der Stadt gebaut werden.

Vangelis stieß bei seinen Recherchen auf Forschungen, wo es darum geht herauszufinden, wo der geringste Widerstand gegen umwelt- und gesellschaftlich schädliche Unternehmungen zu erwarten ist. Das ist natürlich in besonders strukturschwachen Regionen der Fall.

Ein Beispiel dafür ist Bure in Frankreich, wo Atommüll in großer Tiefe gelagert werden soll. In Newark in New Jersey...Die Beispiele würden den Rahmen dieses Artikels sprengen.

Sicher ist, dass wir mit Vangelis einen interessanten Gesprächspartner und Verfechter einer nachhaltigen Entwicklung (gefunden) haben.

(Hans)



Am Grab von Manolis Glezos

Am Grab von Manolis Glezos

Montagnachmittag, 18. Oktober 2021

Manolis Glezos starb im Februar 2020 und wurde auf dem Ersten Friedhof in Athen begraben. Wir hatten ihn öfters getroffen, in Athen, auch in Berlin und Hamburg 2015.

Gekommen waren seine Frau Georgia; Jannis Stathas, der Bürgermeister von Distomo, den wir gut kennen; zwei DokumentarfilmerInnen, die gerade einen Film über Glezos drehen; eine Korrespondentin des Bayerischen Rundfunks. Rolf, der dieses Mal nicht bei der Reise dabei sein kann, hatte eine Rede geschrieben, die Alexandra ins Griechische übersetzt hatte. Eberhard, unser ältester Teilnehmer, trug diese auf Deutsch vor und Christos, unser Jüngster, auf Griechisch. Wir konnten so Manolis noch ein letztes Mal würdigen.

Anschließend trafen wir uns noch in einem Café. Beim Bezahlen durfte Janis Stathas nicht, auch wir nicht, Georgia lud uns alle ein.

(Manfred)

Hier die von uns gehaltene Rede:

Manolis Glezos, geboren am 9. September 1922 in Aperathos auf Naxos, für immer von uns gegangen am 30. März 2020 hier in Athen – An wenigen Tagen innerhalb drei kurzer Jahre seines 97jährigen Lebens durften wir ihm begegnen: ihm, uns und der Welt in Erinnerung bleibend wie von seinem Weggefährten Jannis Ritsos niedergeschrieben, Angehöriger und Zeuge griechischer Widerstandsbewegungen wie er:

*„Du hast bestimmt von Manolis Glezos gehört,
ach, wie kann ich die passenden Worte dazu finden...*

*– als Manolis, die Hände in den Hosentaschen,
durch die Gassen der Plaka ging:
ein gut aussehender Junge, lächelnd im Traum der Welt über den Bergketten des Elends,*

*– als er auf die Felsen der Akropolis kletterte,
in den Fäusten den Zorn und die Hoffnung der Völker*

*– als er unter den geblähten Nüstern der todeshungrigen Maschinengewehre
mit seinen beiden Fäusten das Hakenkreuz brach,
zerbrach er mit seinen beiden Fäusten alle Zähne des Todes...*

*– und seit Jahren erblickt Manolis Glezos
das Licht hinter den Gittern der Gefängnisse,*

*– und trotzdem wischt er mit beiden Händen,
auf seinen Händen ist die Spur der Handschellen noch zu sehen,
die verweinten Augen der Welt,
wischt er die verschwitzte Stirn der Freiheit und des Friedens.“
(Übersetzt von Maria Biza)*

Oder mit den Worten von Mikis Theodorakis, gleichfalls mit Manolis Glezos in Freundschaft verbunden – gekämpft, verfolgt und gelitten wie er:

»Manolis hat das Hakenkreuz zerrissen und sich in die griechische Fahne gehüllt. Er und unser Volk sind eins, ewiges Symbol der Freiheit.«

Eine Hand in der Hosentasche, in der anderen seine Aktentasche, so kam er vor neun Jahren, am 16. September 2012, auf der nahegelegenen Gedenkstätte Kesariani, dem Schießstand der Deutschen Wehrmacht, für Griechen ein „Altar der Freiheit“, wo auch sein Bruder ermordet worden war, auf uns zu.

Kein Wort, auch nicht auf Nachfrage, über das Ereignis, das ihn weltweit bekannt machte: das gemeinsame Besteigen der Akropolis zusammen mit seinem Freund Apostolos Sandas am 30. Mai 1941 und das Niederholen der wenige Tage zuvor von der Deutschen Wehrmacht gehissten Hakenkreuzfahne – eine Aktion, die zum Signal für den Befreiungskampf in Griechenland wurde.

Kein Wort über die mehrfachen Todesurteile, Verhöre, Folterungen, die insgesamt elf Jahre Haft, im Krieg, im Bürgerkrieg, während der Obristen-Diktatur 1967-1973. *„Das könnt Ihr irgendwo nachlesen“.*

Nicht mal ein Wort über seinen Bruder, der 1944 in Kesariani exekutiert wurde – mit ihm töteten sie weitere 81 Männer und zehn Frauen. Am selben Ort hatten deutsche Kommandos neun Tage davor, am 1. Mai, bereits 200 griechische Freiheitskämpfer hingerichtet.

Stattdessen verwies er auf die Vergeltungsaktion der Wehrmacht bei Verlusten im Partisanenkampf, auf die Massaker in Distomo, Kalavrita, Lyngiades, Anogia, Ano Viannos – Hunderte weitere Orte seien zu nennen.

Erst drei Jahre nach unserer ersten Begegnung, bei einem privaten Besuch, zeigte er uns – sichtlich bewegt – das herausgerissene, mit kurzen Informationen und einem Abschiedsgruß beschriftete Futter der Mütze, das sein Bruder beim Transport zur Erschießung vom Fahrzeug hatte werfen können. Wie seinem ermordeten Bruder fühle er sich allen Genossen verpflichtet, die er verloren habe. Es gehe ihm um die Konsequenzen geschichtlicher Ereignisse:

„Ich werde Euch mein ganzes Leben, auch nach meinem biologischen Tod, verfolgen und Euch fragen: Was habt Ihr gemacht für die Zukunft Eurer Länder, Europas, für die Zukunft dieser Welt? Ihr werdet an diesen Moment immer denken, weil ich Euch nicht in Ruhe lassen werde.“

Lasst uns die Unruhe dessen, der hier ruht, mit uns nehmen und in seinem Sinn weitertragen: *„Die Geschichte klopft an unsere Tür. Können wir sie hören oder nicht? Werden wir die Tür öffnen oder nicht? Denn die Zukunft gehört den Arbeitenden, sie gehört den Völkern, nicht den Kapitalisten!“*

Verneigen wir uns in Dankbarkeit vor diesem Partisan künftiger Menschheitsentwicklung.

Rolf Becker, 16.10.2021



Manfred, Manolis Glezos, Rolf und Evrydiki (v.l.n.r.)



ΜΑΝΩΛΗΣ ΓΛΕΖΟΣ
09 09.1922 - 30 03.2020

